

der Ost-West-Handel kaum wieder den Umfang der Vorkriegszeit erreichen dürfte. Österreich muß daher durch Umstellung der Produktionsstruktur und Steigerung der Produktivität so weit als möglich auf die Gewinnung dauerhafter Absatz- und Bezugsmöglichkeiten in Westeuropa und in Übersee bedacht sein.

Außerdem läßt ein stärkerer Rückgang der Investitionen ein Steigen der Arbeitslosigkeit befürchten. Die österreichische Produktions- und Beschäftigungsstruktur hat sich in den letzten Jahren so weit auf eine hohe Investitionsgütererzeugung eingestellt, daß ein Nachlassen der inländischen Nachfrage, insbesondere im Baugewerbe, Produktionseinschränkungen und Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge hätte. Wohl wird auf die Dauer eine Einschränkung des im Vergleich zum inländischen Sparvolumen überdimensionierten Bauvolumens unvermeidlich sein. Eine abrupte Drosselung der Nachfrage würde aber die Verzerrung der österreichischen Produktionsstruktur nicht beheben, sondern nur Arbeitslosigkeit schaffen und das Sozialprodukt vermindern. Gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheint jedoch ein weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit sozial und politisch kaum tragbar, da sie Ende 1950 trotz internationaler Rüstungskonjunktur und hoher inländischer Nachfrage mit 182.700 verfügbaren Stellensuchenden oder 8,7 % des Angebotes an Arbeitskräften bereits einen ungewöhnlich hohen Stand erreicht hat.

Die österreichische Wirtschaftspolitik neigt daher dazu — wie die Ansprüche an das Counterpartkonto und die forcierten Investitionen in den öffentlichen Budgets zeigen —, auch im Jahre 1951 an einem hohen Investitionsvolumen festzuhalten. Dieser Entschluß wird zweifellos die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes erleichtern, wirft jedoch schwierige Finanzierungsprobleme auf. Dank der hohen Auslandshilfe, die einen bedeutenden Teil der Investitionstätigkeit direkt (Freigabe aus dem Counter-

partkonto) oder indirekt (Deckung der Kreditexpansion durch Überschüsse auf dem Counterpartkonto) finanzierte, konnte bisher trotz relativ niedrigem inländischen Sparvolumen ein beträchtlicher Teil des verfügbaren Sozialproduktes investiert werden. Mit dem Rückgang der Counterparteingänge läßt sich jedoch die bisherige hohe Investitionsrate nur dann ohne inflatorischen Auftrieb aufrechterhalten, wenn es gelingt, die inländische Spartätigkeit zu verstärken.

Einer Steigerung des inländischen Sparens sind indessen enge Grenzen gesetzt. Wohl wird die gegenwärtige Exportkonjunktur in vielen Fällen die Unternehmensgewinne und damit auch das Sparvolumen der österreichischen Wirtschaft erhöhen. Auch die öffentlichen Körperschaften bemühen sich, ihre Investitionsvorhaben weitgehend durch laufende Einnahmen (d. h. durch öffentliches Sparen) zu finanzieren. Schließlich wird auch die Neuregelung der Wohnbaufinanzierung dem Baugewerbe neue Mittel erschließen. Andererseits darf jedoch nicht übersehen werden, daß das vierte Preis-Lohn-Abkommen die Sparmöglichkeiten der öffentlichen Körperschaften und der gewerblichen Wirtschaft beschränkt hat. Das Sparen der unselbständig Erwerbstätigen dürfte hingegen nach wie vor unbedeutend sein, nicht nur weil der Lebensstandard noch immer sehr gering ist, sondern vor allem wegen der weltpolitischen Unsicherheit und der vom Weltmarkt ausgehenden Preisaufwärtstendenzen. Die österreichische Wirtschaftspolitik muß daher mit der Möglichkeit rechnen, daß sich das „freiwillige“ Sparen der österreichischen Bevölkerung im Vergleich zur geplanten Investitionstätigkeit als unzulänglich erweist und durch geeignete Maßnahmen — wobei „marktgerechte“ Methoden allein wohl kaum ausreichen dürften — rechtzeitig vorsorgen, daß die Konsumgüternachfrage zusammen mit der vorgesehenen Investitionsgüternachfrage das im Inland verfügbare Güter- und Leistungsvolumen nicht übersteigt.

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 631–632

Die Ausweitung des Geldvolumens hat sich im Oktober verlangsamt. Die *zirkulierende Geldmenge* (Notenumlauf plus freie Girokonten bei der Nationalbank — ohne jene von Kreditinstituten — plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten) erhöhte sich nur noch um 47,7 Mill. S¹⁾, gegenüber 422

Mill. S im September und 207 Mill. S im August. Die Verlangsamung ist darauf zurückzuführen, daß — bei steigendem Notenumlauf (plus 60 Mill. S) — die Scheckkonten nur relativ wenig zugenommen haben und sich die freien Girokonten öffentlicher Stellen bei der Nationalbank um 182 Mill. S verminderten.

Im *November* dürfte sich die seit Oktober beobachtbare Entwicklung, nämlich eine Umschichtung des Geldvolumens zugunsten des Notenumlaufes bei nur langsam steigender Gesamtzirkulation fortge-

¹⁾ Der Zuwachs des Geldvolumens seit Jahresbeginn beträgt 1.236,6 Mill. S (9,4 %), seit der Währungsreform 4.986,4 Mill. S (54,5 %).

setzt haben. Während der Notenumlauf erheblich zu steigen begann, dürften die Scheckkonten nur geringfügig zugenommen haben¹⁾. Das hat ohne Zweifel größtenteils saisonbedingte Ursachen; dazu zählt vor allem der hohe Zahlungsmittelbedarf zu Dezemberbeginn für einmalige Zahlungen an die Arbeitnehmer (zweite Hälfte des 13. Gehaltes, vielfach 14. Gehalt, Weihnachtsremunerationen) und für Steuerzahlungen. Außerdem beginnt sich nunmehr auch die starke Kreditausweitung der Vormonate auf den Notenumlauf auszuwirken.

Der *Banknotenumlauf* hat im November um 251 Mill. S zugenommen und mit 6.174 Mill. S fast wieder den Höchststand vor der Währungsreform (31. Oktober 1947: 6.219 Mill. S) erreicht. Seit 23. Jänner 1948 (erster Notenbankausweis nach der Währungsreform) beträgt die Zunahme 2.734 Mill. S oder 79,5%. Expansiv auf den Notenumlauf wirkten im November die Eskontierung von Wechseln in Höhe von 272 Mill. S²⁾, die Abhebungen der Kreditinstitute und öffentlichen Stellen von ihren freien Nationalbankguthaben (86 Mill. S) und die weitere Erhöhung des Devisen- und Valutenportefeuilles der Nationalbank um 26 Mill. S³⁾. Restriktiv wirkte vor allem die Bewegung auf den Counterpart-Konten, die trotz Abbuchung eines weiteren Teiles der 1,2 Mrd. S-Freigabe⁴⁾ einen Einzahlungsüberschuß von 107 Mill. S aufwiesen, ferner die Rücklösung von Besatzungskostenschatzscheinen für 25 Mill. S durch die Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* sind im Oktober um 197 Mill. S gestiegen, wobei sich die Scheckkonten um 170 Mill. S, die Sparkonten nur um 27 Mill. S erhöhten. Auch diesmal dürfte wieder der größte Teil des Spareinlagenzuwachses auf Einzahlungen der Sozialversicherungsinstitute und sonstiger öffentlicher Stellen entfallen, während die private Spartätigkeit nach wie vor bedeutungslos ist. Immerhin scheint es im Oktober im Gegensatz zum Vormonat wenigstens keinen absoluten Rückgang auf den privaten Sparkonten gegeben zu haben.

¹⁾ Bei Abfassung dieses Berichtes lagen erst über den Status der Nationalbank, jedoch noch nicht über die Einlagenentwicklung bei den Kreditinstituten Daten vor.

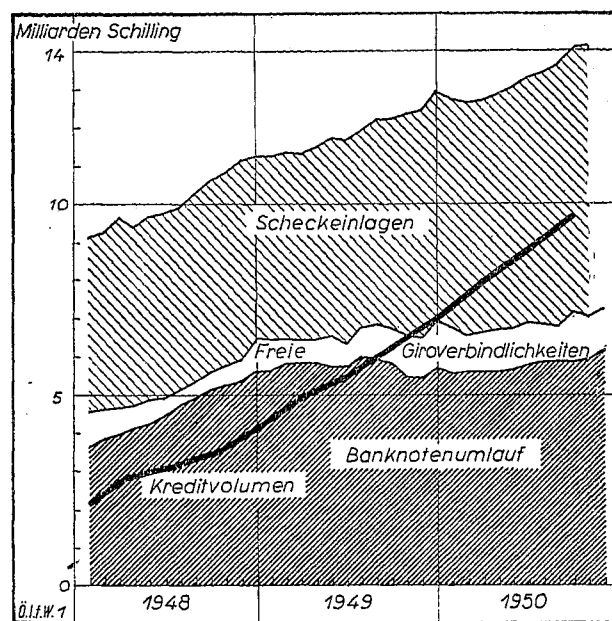
²⁾ Davon nur 107 Mill. S Aufbauwechsel.

³⁾ Die Nationalbank hat seit Jahresbeginn den zur Umlaufdeckung ausgewiesenen Teil ihres Devisenbestandes um 260,5 Mill. S (von 144,1 Mill. S auf 404,6 Mill. S Ende November) erhöht. Die Frage, was mit den anlässlich der Währungsabwertungen ausgeschiedenen Beständen zu geschehen hat, scheint immer noch nicht geklärt zu sein.

⁴⁾ 70 Mill. S für den Fremdenverkehr.

Die Entwicklung des Geldvolumens seit 1948

(Normaler Maßstab; Millionen Schilling)



Das Geldvolumen hat seit der Währungsreform um 54% zugenommen. 51% der Gesamtzunahme entfielen auf die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten.

An der Wiener Effektenbörse haben sich die *Aktienkurse* von Mitte November bis Mitte Dezember weiter leicht ermäßigt. Der Kursindex von 36 Industrieaktien ging um 1,8% (von 249,2 auf 244,7; März 1938 = 100) zurück, wobei die Aktienkurse verstaatlichter Betriebe viel stärker (um 9,1%) fielen als jene privater Gesellschaften, deren Aktienkurse im Durchschnitt fast unverändert blieben. Die Rückgänge verteilten sich auf fast alle erfaßten Industriezweige mit Ausnahme der Papierindustrie, deren Aktien – wohl infolge der Exportkonjunktur sowie der Nachrichten über beachtliche Investitionen – um 7% stiegen.

Auf dem Markt der *Anlagepapiere* notierten die im Kursindex festverzinslicher Wertpapiere erfaßten Effekten im Durchschnitt etwas niedriger als im Vormonat (88,5 gegenüber 89,4; März 1945 = 100). Der Kurs der Aufbauanleihe 1949 blieb unverändert (auf 86,50 S per 100 S Nominale), während der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 von Mitte November bis 12. Dezember von 37,50 S auf 40,40 S per 100 S Nominale stieg (infolge erhöhter Nachfrage zu Zwecken der Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe⁵⁾). Bis Mitte Dezember ging der Kurs wieder auf 39,50 S zurück.

⁵⁾ Nächster Fälligkeitstermin 15. Jänner 1951. Auch die Fälligkeit der 2% Jahreszinsen dürfte auf die Kursbewegung eingewirkt haben.

Die Kreditausweitung im III. Quartal 1950

Die österreichischen Kreditinstitute haben im III. Quartal 1950 914'5 Mill. S zusätzliche Kredite gewährt. Davon entfielen 324'7 Mill. S auf Aufbaukredite und 589'8 Mill. S auf kommerzielle Kredite. Der Gesamtstand der aushaftenden Kredite erreichte damit Ende September 1950 9.690'3 Mill. S, d. s. um 2.679'2 Mill. S mehr als zu Jahresbeginn. Seit der Währungsreform vom Dezember 1947 ist das Kreditvolumen um 7.544'1 Mill. S oder 351'5 % gestiegen.

Entwicklung des Kreditvolumens seit dem
Währungsschutzgesetz

Zeit	Stand am Quartalsende		Zunahme im Quartal		%
	Kommerz. Kredite	Aufbaukredite	Kommerz. Kredite	Aufbaukredite	
	Gesamt		Gesamt		
	in Millionen Schilling				
1948					
I. Quartal	2.711'5	—	2.711'5	565'3	20'8
II. „	3.044'0	—	3.044'0	332'5	10'9
III. „	3.435'7	—	3.435'7	391'7	11'4
IV. „	3.886'4	320'0	4.206'4	450'7	18'3
1949					
I. Quartal	4.470'0	445'0	4.915'0	583'6	14'4
II. „	4.893'5	583'1	5.476'6	423'5	10'3
III. „	5.444'5	793'1	6.237'6	551'0	12'2
IV. „	5.953'9	1.057'2	7.011'1	509'4	11'0
1950					
I. Quartal	6.796'8	1.177'2	7.974'0	842'9	12'1
II. „	7.217'2	1.558'6	8.775'8	420'4	9'1
III. „	7.807'0	1.883'3	9.690'3	589'8	9'4

Die Kreditausweitung im III. Quartal 1950 war saisonbedingt um 112'7 Mill. S größer als im II. Quartal, blieb aber noch um 48'4 Mill. S unter der vom I. Quartal. Obwohl die absolute Höhe der zusätzlichen Kredite im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1950 um 192 Mill. S größer als im Quartalsdurchschnitt 1949 und um 378 Mill. S größer als im Quartalsdurchschnitt 1948 war, hat sich die Steigerungsrate der Kreditausweitung — in Prozenten des jeweiligen Kreditvolumens gemessen — verlangsamt. Im Jahre 1950 betrug sie nur 10 %, gegenüber 12 % im Jahre 1949 und 15 % im Jahre 1948 (jeweils auf den Quartalsdurchschnitt bezogen). Dementsprechend wird der Einfluß der Kreditausweitung auf den Zahlungsmittelumlauf und das Preisniveau schwächer.

Trotz einer Kreditausweitung von 914'5 Mill. S konnten die Kreditinstitute im III. Quartal 1950 ihre freien Nationalbank-Giroguthaben bei der Nationalbank um 112 Mill. S erhöhen. Gleichzeitig haben auch ihre Bestände an refinanzierbaren Wechseln zugenommen, da sie 94 Mill. S Schatzscheine von der Nationalbank übernahmen, während der Abgang von 446 Mill. S Handels- und Aufbauwechselln, die bei der Notenbank zum Rediskont eingereicht wurden, durch den Zustrom neuer Finanzierungsinstrumente annähernd ausgeglichen worden sein dürfte. Im ganzen gesehen konnten die Kreditinstitute ihre liquiden

Mittel etwa im Ausmaß des Einlagenzuwachses erhöhen, so daß ihre Liquidität (Verhältnis zwischen liquiden Mitteln und Einlagen) unverändert blieb.

Die unveränderte Liquiditätslage läßt allerdings noch nicht den Schluß zu, daß die Kreditinstitute auch in Zukunft eine ähnlich große Kreditausweitung ohne Liquiditätsverschlechterung finanzieren können. Es kann nicht übersehen werden, daß die Finanzierung zusätzlicher Kredite im III. Quartal 1950 durch den Umstand bedeutend erleichtert wurde, daß sich die Zusammensetzung des Geldvolumens infolge von Hortungskäufen und hohen Exportgewinnen zugunsten der Scheckeinlagen verschoben hat¹⁾. Während der Notenumlauf im III. Quartal nur um 80 Mill. S zunahm, stiegen die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 522 Mill. S. Dank dem relativ großen Scheckeinlagenzuwachs konnten fast 70 % der zusätzlichen Kredite durch neue Einlagen finanziert werden, gegenüber 37 % im I. Quartal und 62 % im II. Quartal 1950. Sobald sich die Zahlungsgewohnheiten stabilisieren und sich Notenumlauf und Scheckeinlagen in annähernd gleichem Tempo verändern, wird die Kreditausweitung der Kreditinstitute wieder stärker von der Unterstützung der Notenbank abhängig sein.

Finanzierung der Kreditausweitung im III. Quartal
1950

in Millionen Schilling			
Erhöhung der Einlagen bei den Kreditinstituten	631	Kreditvolumenerhöhung	915
Spareinlagen	109	Erhöhung der freien Nationalbankgiroguthaben der Kreditinstitute	112
Scheckeinlagen	522	Rücklösung von Besatzungskostenschatzscheinen	94
Fiskont durch die Nationalbank	492	Erhöhung des Kassenbestandes der Kreditinstitute, Ankauf von Wertpapieren und andere Transaktionen	2
Handelswechsel	79		
Aufbauwechsel	367		
§ 27 — W. Sch. G. —			
Schatzscheine	46		
	<u>1.123</u>		<u>1.123</u>

Die im III. Quartal 1950 gewährten zusätzlichen Kredite waren vorwiegend kurzfristig. Während die Kredite mit einer Laufzeit bis zu 3 Monaten im II. Quartal 1950 um 324 Mill. S zurückgingen, nahmen sie im III. Quartal 1950 um 786 Mill. S (86 % der gesamten Kreditausweitung) zu. Die Ursachen der überraschend starken Ausdehnung der kurzfristigen Kredite sind nicht bekannt. Außer der Vorfinanzierung von Investitionen durch Geldmarktoperationen könnten statistische Korrekturen sowie das Bestreben der Banken, die Fälligkeiten von Aktiv- und Passivgeschäften besser aufeinander abzustimmen, eine Rolle gespielt haben. Die nächstliegende Erklärung, daß die internationale Rüstungskonjunktur die Nach-

¹⁾ Siehe auch Nr. 10 der Monatsberichte, Jg. 1949, S. 398.
80*

frage nach kurzfristigen Krediten für die Haltung spekulativer Lagerbestände belebt hat, wird durch die Kreditstatistik nicht bestätigt, da die dem Handel gewährten Kredite nur relativ wenig zunahmen und außerdem der überwiegende Teil der zusätzlichen Kredite auf Großkredite entfiel.

Der starken Zunahme der kurzfristigen Kredite stand eine Abnahme der mittelfristigen Kredite (Laufzeit 3 bis 12 Monate) um 268 Mill. S gegenüber. Aber auch die längerfristigen Kredite (12 Monate bis 5 Jahre) und vor allem die langfristigen Kredite sind weniger gestiegen als im II. Quartal.

Die Gliederung des Kreditvolumens nach der Höhe der Einzelkredite zeigt ein immer deutlicheres Überwiegen der Großkredite. Im III. Quartal entfielen 827 Mill. S oder 90 % der gesamten Kreditausweitung auf Kredite über 500.000 S. Auch die Kredite von 50.000 bis 500.000 S nahmen relativ stärker zu als die Klein- und Kleinstkredite. Die anhaltende Verlagerung der Kreditstruktur zugunsten der Großkredite¹⁾ ist teils auf den wachsenden Anteil der Aufbaukredite, teils auf die Erhöhung des Preis- und Lohnniveaus im allgemeinen sowie der Rohstoffpreise im besonderen zurückzuführen.

Die Verteilung des Kreditvolumens auf die einzelnen Wirtschaftszweige hat sich im III. Quartal 1950 nur wenig geändert. Der Anteil von Industrie und Bergbau, die 627,8 Mill. S neue Kredite erhielten, erhöhte sich von 46,6 % auf 48,7 %, und der Anteil der Landwirtschaft stieg vorwiegend saisonbedingt von 6,9 % auf 7 %. Hingegen sank der Anteil des Gewerbes von 9,4 % auf 8,7 %, der von Handel und Verkehr von 17,6 % auf 17 % und jener der Länder und Gemeinden von 6 % auf 5,7 %. Der Wohnhauswiederaufbau erhielt im III. Quartal fast sechsmal soviel neue Kredite wie im II. Quartal, sein Anteil am gesamten Kreditvolumen ist jedoch nach wie vor sehr gering. Die Kredite an sonstige Kreditnehmer (d. s. größtenteils Kredite an Private, vorwiegend Konsumkredite) erhöhten sich nur um 9,7 Mill. S, gegenüber 46,1 Mill. S im Vorquartal²⁾.

Auch die Struktur des Kreditvolumens nach kreditgebenden Instituten hat sich nur geringfügig verschoben. Der Anteil der Banken am Kreditvolumen nahm weiter zu, die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften gaben mehr Kredite als im Vorquartal, und auch die Hypothekenanstalten konnten

¹⁾ Nachdem bereits 70 % des gesamten Kreditvolumens auf Großkredite über 500.000 S entfallen, schiene es zweckmäßig, die Großgliederung der Kreditstatistik über die Grenze von 500.000 S auszudehnen, damit auch die Schichtung innerhalb der dominierenden Großkredite verfolgt werden kann.

²⁾ Die geringere Zunahme war durch die Saison und durch die größere Geldflüssigkeit bedingt.

ihr Kreditvolumen wieder – wenn auch unterdurchschnittlich – ausdehnen (im Vorquartal hat es absolut abgenommen). Der Anteil der Sparkassen an der Kreditausweitung nahm dagegen saisonbedingt (der Spareinlagenzuwachs ist im III. Quartal regelmäßig am niedrigsten) ab.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 633–635

Der Index der *Arbeiternettotariflöhne* für Wien blieb von Mitte November auf Mitte Dezember unverändert. In einigen Branchen (z. B. Kleidermacher-gewerbe, Schuhindustrie) finden zur Zeit Lohn-verhandlungen statt. In einigen kleineren Branchen, die im Lohnindex nicht berücksichtigt sind, wurden die Löhne erhöht, so in der Süßwarenindustrie (ohne Vorarlberg) um durchschnittlich 11 % (wirksam ab 2. Oktober 1950) und in der Bekleidungsindustrie um durchschnittlich 7 % (wirksam ab 20. November), wobei gleichzeitig der im Rahmen des vierten Preis-Lohn-Abkommens gewährte Zuschlag mit 55 Groschen (statt 50 Groschen) pro Stunde festgesetzt wurde. Die Löhne der Wiener Zuckerbäcker wurden um durchschnittlich 9 % (wirksam ab 20. November), die Löhne der Friseure mit Wirkung vom 27. November um 5 bis 9 % erhöht.

Nachdem im Laufe des Jahres 1950 die öffentlichen Angestellten, die Industrieangestellten sowie die Handelsangestellten Gehaltserhöhungen durchgesetzt haben, wurden ab 1. November 1950 auch die Gehälter der letzten größeren Angestelltengruppe, die der Gewerbeangestellten, „nachgezogen“. Allerdings wurden nur die Mindestgrundgehälter erhöht, d. h. wer bisher schon mehr bezog, hat keinen Anspruch auf eine Erhöhung. Die Erhöhung beträgt in Betrieben bis zu 5 Angestellten 5 %, bis zu 15 Angestellten 8½ %. In Gewerbebetrieben mit über 15 Angestellten gilt nunmehr das kollektivvertragliche Lohnschema der Industrieangestellten, wodurch sich die Gehälter für die Gewerbeangestellten dieser größeren Betriebe um rund 12 % erhöhen³⁾.

Die öffentlichen Angestellten verhandeln wegen des Nachziehens ihrer Gehälter noch mit dem Finanzministerium.

Die Preise sind in der Berichtsperiode weiter gestiegen, doch hat sich die Aufwärtsbewegung verlangsamt. Dies ist auch in der Entwicklung der Weltmarktpreise begründet, die bis auf einige Ausnahmen nicht weiter stiegen, sondern – teilweise wohl infolge der Erwartung von Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preiskontrollen für Rohstoffe –

³⁾ Die Erhöhungen beziehen sich auf die Gehälter vor dem 4. Preis-Lohn-Abkommen.

vielfach sogar zu sinken begannen. Eine andere Ursache dürfte darin liegen, daß sich die Nachfrage der Konsumenten auf wenige Waren konzentrierte, die aus Vorräten zu alten Preisen abverkauft wurden. Insbesondere Textilien und — hervorgerufen durch Gerüchte über neue Währungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen — dauerhafte Lebensmittel (vor allem ERP-Schmalz, Margarine, Reis usw.) sowie Wertaufbewahrungsmittel (z. B. Uhren) wurden in größeren Mengen gekauft, so daß erst daraus vorübergehende Verknappungen entstanden. Die Folge der Konzentration der Nachfrage auf wenige Artikel war, daß die Nachfrage in vielen anderen Branchen gering blieb und dort auf die Preise drückte.

Trotz Verlangsamung des Preisauftriebes bleiben noch verschiedene potentielle Preisauftriebsfaktoren wirksam (wie z. B. Lohnerhöhungen, die Erschöpfung alter Lager, die Kreditexpansion, die Exportkonjunktur usw.). Diese Faktoren könnten allerdings dadurch neutralisiert werden, daß der im Frühjahr zu erwartende saisonbedingte Nachfragerückgang durch preisstabilisierende wirtschaftspolitische Maßnahmen (freiere Importpolitik, vorsichtige Kredit- und Freigabepolitik, Förderung des Wettbewerbes, Produktivitätssteigerung) unterstützt wird. Allerdings werden selbst dann die Preise einzelner von ausländischen Rohstoffen abhängiger Waren, deren alte Lagerbestände zu Ende gehen, steigen¹⁾, soweit nicht die Kostenverteuerung durch Qualitätsverschlechterung (z. B. in der Textilindustrie durch Verwendung schlechterer Wollsorten und Reißwolle sowie durch Beimischung von Zellwolle) ausgeglichen wird.

Von Mitte November bis Mitte Dezember ist der Großhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes um 0,9% (von 583 auf 588; März 1938 = 100) gestiegen. Der Industriestoffpreisindex liegt gegenwärtig mit 658 um 20,7% über dem Junistand dieses Jahres. Die Preiserhöhungen im Dezember, die sich auf Baumwolle, Wolle, Brennholz, Bauholz, Blei, Zinn, Nickel erstreckten, waren allerdings gering. Entsprechend den Vorgängen auf dem Weltmarkt sank der Preis für Kautschuk um 21%. Der Teilindex der Nahrungs- und Genußmittel stieg geringfügig infolge einer Verteuerung von Hafer und Mais²⁾, die durch Rückgänge der Großhandelspreise für Rind- und Schweinefleisch nicht ganz kompensiert wurde.

¹⁾ Auch in den Rohstoffländern der Welt wieder auflebende Preisdiskrimination (höhere Export- als Inlandspreise) wirkt sich auf die österreichische Preisentwicklung ungünstig aus.

²⁾ Die Preiserhöhung bei Mais dürfte auf eine statistische Korrektur zurückzuführen sein und keine echte Preisbewegung widerspiegeln.

Die Preise für Handpappe sind um 20 bis 25% gestiegen. Eine Preiserhöhung für Leinen wurde angekündigt.

Die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum haben sich nur bei Silber (plus 20%) und Pelzen (minus 6%) geändert. Preisanstieg und -rückgang hielten sich im Index die Waage, so daß dieser unverändert auf 5,7 (März 1938 = 1) blieb. Der Rückgang der Versteigerungspreise von Luxuspelzen dürfte auf das große Angebot neuer Ware in den Geschäften zurückzuführen sein. Die „schwarzen“ Devisenkurse sind von Ende Oktober bis Ende November geringfügig gesunken (um 2%).

Der Lebenshaltungskostenindex (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist von Mitte November bis Mitte Dezember um 1,7% (von 499,9 auf 508,3; April 1938 = 100)³⁾ gestiegen. Verteuert haben sich — teilweise saisonbedingt — Eier, Äpfel, Gemüse (Spinat), Marmelade, Hülsenfrüchte, Ersatzkaffee, Brennholz und Haushaltsgegenstände aus Holz. Etwas billiger wurden Reis, Rind- und Kalbfleisch, Speckfilz und Extrawurst. Der Lebenshaltungskostenindex liegt gegenwärtig um 6,8% über dem Stand vom Dezember 1949.

Erhöhend auf die Lebenshaltungskosten wirkte im Dezember 1950 noch eine Erhöhung des Zündhölzerpreises (um 25%) und der Wassergebühr, die jedoch im obigen Index nicht, bzw. noch nicht enthalten sind.

Berücksichtigung von Qualitätsänderungen im Lebenshaltungskostenindex

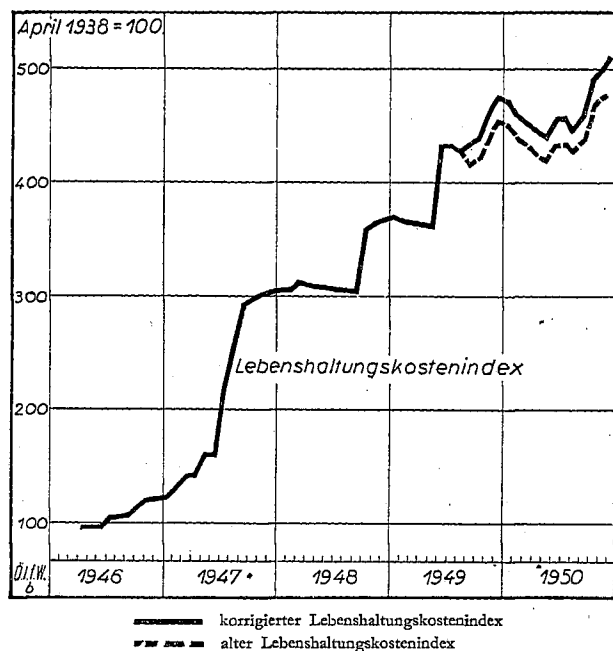
In der ersten Nachkriegszeit mußten in den Lebenshaltungskostenindex vielfach Waren aufgenommen werden, die qualitativ schlechter waren als die Vergleichswaren der Basisperiode (April = 1938). Das hatte zur Folge, daß der Index die Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit nicht voll widerspiegelte⁴⁾. Dieser Mangel mußte jedoch in Kauf genommen werden, da die meisten Waren nicht in friedensmäßiger Qualität erzeugt wurden.

Als sich in der Folgezeit mit steigendem Angebot auch die Güte der Waren verbesserte, wurden auch im Index in allen jenen Fällen, in denen die bessere Qualität die schlechtere verdrängte, die Qualitäten ausgetauscht. Die gegenwärtig im

³⁾ Siehe unter „Berücksichtigung von Qualitätsveränderungen im Lebenshaltungskostenindex“.

⁴⁾ Erkenntniswert und Problematik des Lebenshaltungskostenindex wurden in den Monatsberichten wiederholt dargestellt. Siehe auch Nr. 1/3 der Monatsberichte, Jg. 1947, S. 12 ff., und Jg. 1949, S. 13 ff.

Der korrigierte Lebenshaltungskostenindex
nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine
vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien
(Normaler Maßstab; April 1938 = 100)



Der korrigierte Index spiegelt ab September 1949 die Erhöhung der Lebenshaltungskosten gegenüber 1938 richtiger wider. Vergleiche mit der Nachkriegszeit vor September 1949 sind dagegen problematischer als bisher.

Index enthaltenen Preise für Brot, Bier, Seife, Schuhe und eine Reihe anderer Waren gelten für Qualitäten, die im allgemeinen dem Vorkriegsstandard entsprechen, jedenfalls aber bedeutend besser sind als die der ersten Nachkriegsjahre. Durch den Austausch besserer Qualitäten gegen schlechtere wurde der Index auf Basis 1938 wirklichkeitsnäher, zeigte aber eine zu starke Steigerung der laufenden Lebenshaltungskosten, da die durch Qualitätsverbesserungen erzielten Verbilligungen nicht zum Ausdruck kamen.

Für einige Waren wurden bisher im Index noch die schlechten Nachkriegsqualitäten beibehalten, da sie neben den teuren Friedensqualitäten angeboten und verkauft wurden. Das Festhalten an den Nachkriegsqualitäten war für die Indexreihe auf Basis 1945 durchaus berechtigt, da auch damals keine friedensmäßigen Qualitäten erhältlich waren. Mit fortschreitender Normalisierung der Wirtschaft verliert jedoch die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den Nachkriegsjahren an Bedeutung und der bisher durch Qualitätsunterschiede gestörte Vergleich mit der vorkriegsmäßigen Lebenshaltung tritt in den Vordergrund. Das Institut hat daher rückwirkend ab September 1949 den Lebenshaltungskostenindex korrigiert und für Oberbekleidung und

Zigaretten, deren Qualität bis dahin noch unter dem Friedensstandard lag, annähernd friedensmäßige Qualitäten eingesetzt¹⁾. Diese Korrektur erhöht die bisherige Indexreihe auf Basis 1938 um etwa 5% (im November 1950 stand der Index bisher auf 477,2 und beträgt nunmehr 499,9; April 1938 = 100).

Der korrigierte Index gibt ab September 1949 ein zutreffenderes Bild über die Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegszeit als der alte. Hingegen stört der auf Qualitätsänderungen zurückzuführende Sprung des Lebenshaltungskostenindex im September 1949 die Vergleichbarkeit der Indexreihe vor und nach dem Korrekturstichtag. Es ist daher zu empfehlen, bei einem Vergleich der gegenwärtigen Lebenshaltungskosten mit denen der Nachkriegszeit vor dem September 1949 – etwa für Verträge mit Wertsicherungsklauseln – die Korrektur um rund 5% im September 1949 nicht zu berücksichtigen.

Der Baukostenindex²⁾

In der Zeit von Ende September bis Ende Dezember 1950 sind die Rohbaukosten (Wohnungsbau) in Wien infolge der Auswirkungen des 4. Preis-Lohn-Abkommens um 4,5% (von 569,65 auf 594,90; Durchschnitt 1937 = 100, bzw. von 604,96 auf 631,79; April 1945 = 100) gestiegen. Der Durchschnittspreis für den Kubikmeter umbauten Raumes (Rohbau, d. h. Baumeisterarbeiten³⁾) stieg von 131 S auf 136,77 S.

Die Gesamtbaukosten (Baumeisterarbeiten plus Handwerkerarbeiten) dürften etwas stärker gestiegen sein, weil die Handwerker allgemein die höheren Löhne einkalkulieren und die Preise verschiedener von ihnen benötigter Materialien (Bauholz, Nichteisenmetalle) zum Teil stark gestiegen sind.

Veränderungen der Bauarbeiterstundenlöhne in Wien

	September in Schilling	1950 Dezember
Vollmaurer	4'85	5'35
Baubildsarbeiter	4'15	4'65
Mittellohn ³⁾	4'38	4'88
Unternehmeranteil für soz. Aufwendungen	38%	39%
Mittellohn einschl. Unternehmeranteil für soziale Aufwendungen	6'04	6'78

¹⁾ Durchschnitt der Stundenlöhne von zwei Hilfsarbeitern und einem Vollmaurer

¹⁾ Eine weitere Rückrechnung des Lebenshaltungskostenindex war nicht möglich, da Oberbekleidung in friedensmäßiger Ausfertigung erst ab September 1949 erhältlich ist.

²⁾ Siehe Tabelle „Baukostenindex für Wien“ auf S. 634; siehe ferner Beilage Nr. 10 zu den Monatsberichten (April 1950), die Monatsberichte Nr. 6 (Juni 1950), S. 256, und Nr. 9 (September 1950), S. 424.

³⁾ Für eine für die Wiener Bautätigkeit repräsentative Kleinwohnung (50 m² reine Wohnfläche), auf die 300 m³ umbauten Raumes (einschließlich Keller, Stiegenhäuser, Dachgeschoß und sonstige Nebenräume) entfallen.

Durch das neue Preis-Lohn-Abkommen wurde der Bauarbeiterstundenlohn generell um 0'50 S erhöht. Der Unternehmeranteil für soziale Aufwendungen stieg ebenfalls etwas (von 38 % auf 39 %), wodurch sich insgesamt der Mittellohn um 12'3 % erhöhte.

Das Baugewerbe hat sich, wie viele andere Wirtschaftszweige, bemüht, die durch das 4. Preis-Lohn-Abkommen entstandenen Lohnkostenerhöhungen wenigstens teilweise in den Gewinnen aufzufangen. Da die Gewinne im Baugewerbe aber schon längst sehr gering waren und außer den Löhnen auch noch verschiedene andere Kostenbestandteile (Kohlenpreise, Strompreise, verschiedene Tarife und Nebenkosten) gestiegen sind, erhöhten sich in den Kalkulationen die Preise für „Arbeit“ generell um 10 % gegenüber September 1950. Die Baustoffpreise haben sich nicht nennenswert verändert, obwohl die Fuhrkosten im November etwas gestiegen sind.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 636

Die Nachfrage der Konsumenten nach Nahrungsmitteln, die im Vormonat beträchtlich nachgelassen hatte, war im November wieder ziemlich normal und nahm im Dezember infolge einer auflebenden Neigung zu Vorratskäufen übersaisonmäßig stark zu. Während das Angebot zunächst noch ausreichend war, verknappten sich im Dezember, insbesondere vor den Feiertagen, einzelne Nahrungsmittel (Eier, Butter, Fett).

Das statistisch erfaßte Fleischangebot nahm im November in Wien weiter um 6 % zu. Dies war vor allem auf das starke Steigen der Zufuhren von geschlachtetem Vieh und von Fleisch in die Großmarkthalle (insbesondere aus dem Inlande) zurückzuführen, während der Auftrieb von Lebendvieh, trotz wachsenden Importen (aus Jugoslawien, Polen, ÖSR. und Ungarn) etwas abnahm¹⁾. Da auch die Nachfrage entsprechend stieg, blieben die Verbraucherpreise im Durchschnitt unverändert. Nur einzelne Sorten (Schweinskarree, Rindsbratenfleisch) waren Ende November geringfügig (um 50 Groschen bis 1 Schilling je kg) billiger als vor einem Monat.

Im Dezember stieg nach bisher unvollständigen Meldungen das Fleischangebot weiter an; der gestiegene Feiertagsbedarf konnte daher zu gleichbleibenden Preisen befriedigt werden.

¹⁾ Von Oktober bis November sank der Auftrieb von Rindern um 6 %, von Schweinen um 2 % und von Kälbern um 40 %. Die Anlieferungen in die Großmarkthalle nahmen dagegen um 25 % (Schweine), 16 % (Kälber) und 24 % (Fleisch) zu.

Einfuhr von Geflügel und Wildbret¹⁾ nach Österreich

	1937	1949	1950 (I.—XI.)
		in Zentner	
Insgesamt	67.818	16.573	9.336
davon Ungarn	45.145	9.369	1.832
Jugoslawien	18.964	1.890	1.736
Rumänien	3.568	3.043	650 ²⁾
Polen	62	2.001	3.442

¹⁾ Tote Ware. — ²⁾ 1. Halbjahr.

Das Angebot von Geflügel und Wild war mehr als ausreichend, obwohl die Einfuhren, insbesondere wegen der Schwierigkeiten bei der Erlangung von Importbewilligungen, geringer waren als im Vorjahr und erst ein Fünftel des Standes von 1937 erreichten²⁾. Allerdings hat auch die Nachfrage nach ausländischem Geflügel gegenüber dem Vorjahr nachgelassen, da sich die Auslandsware durch die Neuregelung des Wechselkurses verteuert³⁾ und damit weitgehend den Preisen der Inlandsware angeglichen hat⁴⁾, die infolge des wachsenden Angebotes im Dezember 1950 um 3 bis 10 % niedriger waren als vor einem Jahr. Die Preise für Wild sanken sogar bis um 25 %.

Freilich haben auch die gute Versorgung mit anderen Fleischarten und die gegenüber dem Vorjahr starken Rückgänge der freien Fleischpreise die Nachfrage nach Geflügel etwas abgeschwächt. Während im Dezember 1949 1 kg Schweinskarree ohne Marken um durchschnittlich ein Drittel teurer war als 1 kg Geflügel, war vor Weihnachten 1950 Karree zum Teil schon etwas billiger. Auch gegenüber 1937 haben sich die relativen Preise zugunsten von Schweine- und Kalbfleisch verschoben, da die Geflügelpreise stärker als die anderer Fleischarten gestiegen sind.

Verbraucherpreise einiger Fleischarten in Wien¹⁾

Fleischart	1937	1949 Mitte Dezember S je kg ²⁾	1950	1937=100 1949	1950
Brathühner	2'70	24'50	22'—	907'4	814'8
Suppenhühner	2'30	21'—	19'—	913'0	826'1
Enten	2'40	21'50	20'—	895'8	833'3
Gänse	2'40	21'—	20'50	875'0	854'2
Rehrücken	3'50	21'—	16'—	600'0	457'1
Hasenrücken oder -lauf ..	2'10	17'—	14'—	809'5	666'7
Schweinskarree	3'20	27'50	19'50	859'4	609'4
Kalbsschnitzel	4'30	30'50	23'—	709'3	534'9

¹⁾ Nach den Marktamtberichten. — ²⁾ Durchschnitt zwischen unterster und oberster Preisgrenze.

Auch die Versorgung mit Fisch war befriedigend. Zwar war die Anlieferung nach Wien wegen des Rückganges der Einfuhr von Seefisch — die Zufuhren von Süßwasserfisch nahmen dagegen um 14 % zu — im

²⁾ Berechnet auf Grund der Ergebnisse von 11 Monaten.

³⁾ Seit der Anpassung der Verrechnungsdollarkurse an den allgemeinen Dollarkurs wird Geflügel aus den Oststaaten, die ausschließlich als Bezugsländer in Frage kommen, zum Effektivkurs (vorher zum Grundkurs) eingeführt.

⁴⁾ Im Vorjahr war vor Weihnachten ausländisches Geflügel bis um 8 S je kg billiger als Inlandsware. Allerdings beruhte diese Differenz zum Teil auf Qualitätsunterschieden.

Jahre 1950 um rund 10 % geringer als im Vorjahr¹⁾; da jedoch auch die Nachfrage mit zunehmender Besserung der Fleischversorgung sank, konnte der noch immer über dem Vorkriegsniveau liegende Bedarf ausreichend gedeckt werden.

Zufuhren von Fisch nach Wien¹⁾

I.—XI.	Süßwasserfisch	Seefisch	frische Ware insgesamt
	in Zentner		
1949	3.529	44.613	48.142
1950	4.005	39.268	43.273
1950 in % von 1949 ...	113'5	88'0	89'9

¹⁾ Nach Angaben des Marktamtes.

Für den erhöhten Weihnachtsbedarf standen in Wien 185 t Karpfen, 350 t Seefischfilet und 120 t Seerundfische zur Verfügung (im Vorjahr wurden im Monat Dezember 940 t Fische, davon allerdings nur 105 t Süßwasserfische angeliefert). Dank dem zunehmenden Angebot von Süßwasserfisch waren die Preise für Karpfen im Dezember 1950 bis um 20 % niedriger als im Vorjahr. Bemerkenswert ist, daß auch die Preise für Seefisch, trotz dem inzwischen verschlechterten Wechselkurs²⁾, annähernd gleich geblieben sind. Den Ausgleich brachte das Sinken der Importpreise. Da jedoch nunmehr die Fischpreise auf den Auslandsmärkten, insbesondere infolge der zunehmenden Nachfrage nach Fischkonserven, anziehen, ist es fraglich, ob diese relativ niedrigen Preise auch in Zukunft gehalten werden können.

Fischpreise in Wien¹⁾

Art	1937	1949	1950	1937=100	
	Mitte Dezember				
	S je kg ²⁾			1949	1950
Kabeljau	1'70	6'06	6'50	356'5	382'4
Kabeljau-Filet ...	2'40	10'45	11'—	435'4	458'3
Seelachs	1'40	6'06	6'20	432'9	442'9
Seelachs-Filet	2'—	10'—	10'—	500'0	500'0
Karpfen	2'25	16'47	13'50	732'0	600'0

¹⁾ Nach den Marktamtsberichten. — ²⁾ Durchschnitt zwischen oberster und unterster Preisgrenze.

Die Zufuhren von *Obst*, *Gemüse* und *Kartoffeln* nach Wien nahmen im November saisonbedingt um durchschnittlich 30 % ab; sie waren jedoch um 35 % (*Obst*) und 8 % (*Gemüse*) höher als im November 1949. Die Gemüsepreise blieben von Ende Oktober bis Mitte Dezember, abgesehen von einigen saisonbedingten Steigerungen, allgemein unverändert und waren meist etwa gleich hoch, vereinzelt sogar niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch *Obst* — ausgenommen Orangen und Mandarinen — war etwas billiger. Dagegen waren die Kartoffelpreise, da die Nachfrage weniger als die Anlieferungen (um 20 %) abgenommen hat, um durchschnittlich 10 % höher.

¹⁾ Berechnet auf Grund der Ergebnisse von 11 Monaten.

²⁾ Bis zur Vereinheitlichung des Wechselkurses wurden Seefische zum Grundkurs importiert.

Die Verteuerung der Orangen gegenüber dem Vorjahr (Mitte Dezember 1949 6 bis 8 S, Mitte Dezember 1950 10 50 bis 11 S je kg) ist vor allem auf die stark erhöhte Zollbelastung (S 2 08 je kg gegenüber 6 g im Vorjahr) zurückzuführen. Außerdem haben sich durch die teilweise Verlagerung des Bezuges von Italien auf Libanon und Griechenland die Frachtkosten erhöht, zumal die Seefrachtraten in letzter Zeit stark gestiegen sind. Preis erhöhend wirkt schließlich auch das gegenüber dem Vorjahre stark verminderte Angebot³⁾.

Die Marktleistung an *Milch* nahm im Oktober entgegen den Erwartungen⁴⁾ weiter um 1'9 % (im Tagesdurchschnitt) ab und war nur noch um 3'3 % höher als im Oktober 1949. Das Monatskontingent wurde dadurch nur zu 86 %, das für 10 Monate errechnete Kontingent bis Ende Oktober zu 98 % erfüllt. Da nach bisher unvollständigen Meldungen die Marktleistung im November und Dezember weiter gesunken ist, dürften bis Ende 1950 nur etwa 860.000 t oder 96 % des Kontingents von 900.000 t aufgebracht worden sein.

Die Nichterfüllung des Kontingentes ist vor allem dem vorzeitigen Winterwetter zuzuschreiben, da durch den plötzlichen Ausfall der Grünfütterung die Milchproduktion stark sank und die Schneefälle außerdem die Belieferung der Molkereien erschwerten. Aber auch der Mangel an Kraftfutter hemmte die Milchproduktion.

Der Rückgang der Milchanlieferungen wirkte sich im Oktober zunächst nur in einer Beschränkung der Käseerzeugung (im Tagesdurchschnitt um 7 %) aus, während der Absatz von Trinkmilch ungefähr gleich blieb und die Butterproduktion sogar um 7 % stieg, jedoch noch immer um 20 % geringer als im Oktober 1949 war. Da mit dem weiteren Rückgang der Milchanlieferungen auch die Butterproduktion eingeschränkt wurde und infolge der ungenügenden Zufuhren anderer Fette der Butterbedarf der Bundesländer erheblich stieg, war in Wien Butter insbesondere vor Weihnachten knapp. Trotz den Einfuhren aus Dänemark (200 t bewilligt, davon 100 t bereits geliefert) konnte der erhöhte Feiertagsbedarf nicht befriedigt werden. Dagegen wurden Rahm und Schlagobers weiterhin in ausreichenden

³⁾ Während die Wiener Märkte im Vorjahre seit Ende November laufend mit größeren Mengen italienischer Orangen beliefert wurden, kamen in diesem Jahre erstmalig in der Woche vom 4. bis 12. Dezember 378 q libanesische Orangen auf den Markt. Da das Einfuhrkontingent für Orangen und Mandarinen aus Italien im Vertragsjahr 1950/51 viel niedriger als die Einfuhr 1949 festgelegt wurde (10.000 t gegenüber 17.000 t), außerdem der Außenhandel mit Italien seit dem Übergang zum Clearingverkehr erschwert ist und die Einfuhr minderwertiger Waren gedrosselt werden muß, wird das Orangenangebot voraussichtlich auch weiterhin knapp bleiben.

⁴⁾ Normalerweise erreicht die Milchleistung im Oktober den Höchststand der zweiten Jahreshälfte.

Mengen angeboten und auch die Käseversorgung war so reichlich, daß die Exporte fortgesetzt werden konnten¹⁾.

Diese milchwirtschaftliche Produktionspolitik, die auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden soll²⁾, ist, wie schon wiederholt in den Monatsberichten dargelegt wurde³⁾, vor allem auf die bei der derzeitigen Preisgestaltung größere Wirtschaftlichkeit der Käse- und Rahmerzeugung zurückzuführen. Eine Forcierung der Butterproduktion auf Kosten der Erzeugung von Käse und Rahm würde freilich den ohnehin stark defizitären Milchwirtschaftsfonds noch mehr belasten und seinen Forderungen nach einer Steigerung der Konsumentenpreise für Milch und Milchprodukte erhöhten Nachdruck verleihen⁴⁾.

Die ungenügende Butterversorgung und Gerüchte über eine bevorstehende Wiedereinführung der Bewirtschaftung haben kurz vor Weihnachten die Nachfrage nach anderen *Fetten* (insbesondere Margarine und Schmalz) stark erhöht. Da die Vorräte relativ klein waren und vereinzelt Ware spekulativ zurückgehalten wurde, waren in der zweiten Dezemberhälfte in Wien ERP-Schmalz und Margarine fast überhaupt nicht, inländisches Schmalz oder Speckfäz nur schwer zu bekommen. Diese Verknappung dürfte nur vorübergehend sein, da die Nachfrage voraussichtlich nachlassen und das Angebot durch Schmalzimporte⁵⁾ und neue Auslieferungen der Fettindustrie, die allerdings durch die knappen Rohstoffvorräte begrenzt sind, zunehmen wird⁶⁾.

Wenig befriedigend war in letzter Zeit die *Eier*-versorgung. Die Einfuhren waren zwar im Jahre 1950

um fast 50 % höher als i. J. 1949 und hätten auf Grund der abgeschlossenen Handelsverträge noch erheblich gesteigert werden können⁷⁾, erreichten jedoch erst 57 % der Einfuhren des Jahres 1937⁸⁾. Auch das inländische Angebot ist gegenüber dem Vorjahr gewachsen (schätzungsweise um 30 %), blieb allerdings noch immer um etwa 30 % unter dem Friedensstand. Da außerdem in diesem Jahr sowohl von den Konsumenten als auch vom Handel nur relativ geringe Vorräte angelegt worden waren (in den Sommermonaten war das Eierangebot daher übersaisonmäßig gut und die Preise relativ niedrig), konnte die stark erhöhte Nachfrage vor den Feiertagen nicht ausreichend gedeckt werden.

Einfuhr von Eiern nach Österreich

	1937	1949	1950 I.—XI. in Zentner	1949/50 ¹⁾	1950/51 ²⁾
Insgesamt	51.097	20.683	28.109	24.451	53.000
davon Ungarn	36.032	3.070	3.378	3.809	10.000
Polen	8.931	2.371	4.887	3.509	13.900
Jugoslawien	3.304	461	510	372	—
Bulgarien	2.352	5.342	5.628 ³⁾	8.173	11.100
Rumänien	—	8.490	4.494 ³⁾	7.575	13.600

¹⁾ Wirtschaftsjahr vom 1. Juli 1949 bis 30. Juni 1950 — ²⁾ Vertragsjahr je nach Land verschieden. Auf Grund der vereinbarten Warenlisten mögliche Einfuhr. — ³⁾ 1. Halbjahr.

Die Preise für inländische Frischeier stiegen in Wien von 1'10 bis 1'25 im September ständig auf S 1'70 bis 1'80 vor Weihnachten, waren allerdings noch immer etwas niedriger als im Vorjahr (S 1'90 bis 2'10). Dagegen waren Importeier zum Teil wegen der Neuregelung der Wechselkurse⁹⁾ teurer (S 0'93 bis 1'17 gegenüber S 0'80 bis 0'90 im Vorjahr). Da das Angebot von Importeieren gering und zudem sehr ungleich auf die einzelnen Stadtteile verteilt war, die Nachfrage wegen des großen Preisunterschiedes zu den inländischen Eiern dagegen ständig stieg, wurde kurz vor Weihnachten vorübergehend wieder die Bewirtschaftung eingeführt (für Kinder wurden Eier auf Marken abgegeben).

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 636

Da es in den nordöstlichen Gebieten Österreichs von September bis November doppelt so viel regnete wie im langjährigen Durchschnitt — die Niederschläge betrugen in diesen drei Monaten allein mehr als die Hälfte der üblichen Jahresregenmenge —,

⁷⁾ Die Eierimporte wurden teils auch dadurch gehemmt, daß infolge der Tendenz, die Spannen zu kürzen (Importeier sind noch immer preisgeregelt), Eierimporte wenig lohnend waren.

⁸⁾ Berechnet auf Grund der Ergebnisse der ersten elf Monate 1950.

⁹⁾ Eier wurden bis dahin zum Grundkurs eingeführt. Allerdings hat sich durch den Wegfall des Zolles und den Rückgang der Einfuhrpreise die Verschlechterung des Wechselkurses nicht voll ausgewirkt.

waren Herbstsaussaat, Hackfruchternte und Bodenbearbeitung stark behindert. Die gebietsweise ziemlich erheblichen Schäden werden voraussichtlich auch die Getreideproduktion und Nahrungsmittelversorgung des Jahres 1951 beeinträchtigen.

Herbstniederschläge in Niederösterreich¹⁾

1950	Wiener Becken u. nördliches Burgenland		Weinviertel		Alpenvorland	
	mm	in % vom Ø 1881/1930	mm	in % vom Ø 1881/1930	mm	in % vom Ø 1881/1930
September	123	186	127	254	162	198
Oktober	99	225	94	219	90	150
November	91	222	75	242	92	279
Insgesamt ...	313	207	296	239	344	197

¹⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Meteorologie und Geodynamik.

Während bis Jahresende trotz Arbeitermangel und schlechtem Wetter Kartoffeln und Zuckerrüben größtenteils abgeerntet werden konnten, mußte die Aussaat von Winterweizen und die Tiefackerung der Böden in vielen Fällen unterbleiben. Allerdings könnte eine Mehransaat von Sommerweizen den Ausfall von Winterweizen teilweise wettmachen, wenn man entsprechendes Saatgut bereitstellt und die Frühjahrssaaten gut gedeihen¹⁾. Viele Felder konnten infolge der Nässe und aus Zeitmangel nicht geackert werden, was sich auf Wasserführung, Nährstoffhaushalt und Bodenstruktur ungünstig auswirken wird, um so mehr als die Böden durch die Abfuhr der Hackfrüchte stark geschädigt sind. Dadurch wird sich aber auch die Arbeit im Frühjahr häufen und die Aussaat verzögern. Andererseits haben die reichlichen Niederschläge aber bewirkt, daß Futterrüben und Zuckerrüben sowie die Herbstsaaten noch außerordentlich gut gediehen.

Die Zuckerrüben²⁾ wurde heuer stark unterschätzt. Die Angaben beliefen sich vor der Kampagne auf 630.000 t, später auf 730.000 t; tatsächlich dürften die Fabriken 870.000 t Rüben aus dem Inlande verarbeiten. Da man 29.000 ha Zuckerrüben erntete, läge der durchschnittliche Hektarertrag mit 300 q nicht nur um 65 % über dem Vorjahrsertrag und erheblich über den langjährigen Vorkriegsdurchschnitt (252 q im Durchschnitt 1926/35, 254 q im Durchschnitt 1934/38), sondern wäre auch der höchste, der je in Österreich erzielt wurde (im Jahre 1927 wurden 296 q und im Jahre 1939 290 q erreicht). Trotzdem wird der Zuckerbedarf erst zu 60 % aus der Eigenproduktion gedeckt, da die Saatfläche noch

stark hinter der Vorkriegszeit zurückblieb und die Rüben weniger Zucker enthielten²⁾.

Auch die Kartoffelernte wurde offenbar stark unterschätzt. Obwohl sie bei der Erntevorschätzung (Ende September) niedriger als im Vorjahre ausgewiesen wurde — die Angaben wurden allerdings nicht publiziert —, konnte trotz großer Futtermittelknappheit und höherem Schweinebestand bisher nicht nur der Bedarf an Speisekartoffeln gedeckt, sondern auch die Kartoffelverarbeitungsindustrie besser als im Vorjahre beliefert werden. So werden heuer 58.000 t Kartoffeln zu Stärke und Stärkederivaten und 20.000 t zu Alkohol verarbeitet gegen 36.000 und 11.000 t im Vorjahre und 50.000 und 60.000 t vor dem Kriege. Dies läßt darauf schließen, daß die Ernte dank guten Erträgen an Spätkartoffeln um rund 25 % größer war als im Jahre 1949.

Industrielle Kartoffelverarbeitung in Österreich¹⁾

	1937/38	1946/47	1947/48	1948/49	1949/50	1950/51 ²⁾
	in 1.000 Tonnen					
Verarbeitung zu						
Stärke und Stärkederivaten	50	48	13	44	36	58
b) Alkohol	60	—	—	—	11	20
Insgesamt ...	110	48	13	44 ³⁾	47	78
in % der Ernte	3	3	1	2	2	3

¹⁾ Nach Angaben der Österreichischen Kartoffelverwertungs A. G. und des Brenneiserverbandes. — ²⁾ Vorgesehene Verarbeitungsmengen. — ³⁾ Davon 10.000 t aus Importen.

Die Erzeugerpreise für Kartoffeln waren von Juli bis Oktober 1950 infolge niedriger Erträge bei den frühen und mittelfrühen Sorten um 50 % höher als im Jahre 1949; während jedoch die Preise im Spätherbst 1949 anzogen, gaben sie heuer nach und lagen zum Jahresende nur noch wenig über dem Vorjahresniveau. Ein weiterer Rückgang der Kartoffelpreise ist jedoch trotz rückläufigem Konsum unwahrscheinlich, da der relativ hohe Schweinebestand ausreichende und derzeit auch lohnende Verwertungsmöglichkeiten bietet und andere Futtermittel knapp sind.

Nach Mitteilungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft war der (allerdings noch nicht endgültige) Gesamtertrag an Brotgetreide im Jahre 1950 738.000 t³⁾, das ist etwas mehr, als unmittelbar nach der Ernte angenommen wurde (713.000 t). Da man mit einer Marktleistung von nur 222.000 t rechnet — im Vorjahr betrug sie etwa 300.000 t —, würden nach Deckung des Eigenbedarfes

²⁾ Die niedrige Zuckerausbeute — 12,0 bis 12,5 % gegen 14 % vor dem Kriege — war teils sorten-, teils witterungsbedingt.

³⁾ Siehe Nr. 10 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 483 ff. In einem Bericht der ECA wurde die Brotgetreideernte Österreichs im Jahre 1950 mit 875.000 t angegeben; die Richtigkeit dieser Angabe wurde jedoch von offizieller österreichischer Seite bestritten.

¹⁾ Freilich kann der Anbau von Sommerweizen auf Grund der Boden- und Klimaverhältnisse Österreichs nur gebietsweise stärker forciert werden. Zudem sind die Hektarerträge im Durchschnitt niedriger als bei Winterweizen.

der Landwirtschaft (360.000 t für Ernährung, Saat und Schwund) 156.000 t zur Verfütterung verbleiben. Bis 30. November 1950 wurden 91.711 t Weizen und 63.713 t Roggen, also zusammen 155.424 t auf den Markt gebracht. Ein genauer Vergleich mit dem Vorjahr scheitert daran, daß damals nur die Kontingentlieferungen statistisch erfaßt wurden, während die zeitliche Verteilung der auf insgesamt 75.000 t geschätzten Exkontingentverkäufe nicht bekannt ist.

In den letzten Monaten erhöhten sich die Preise einiger landwirtschaftlicher Produktionsmittel, besonders von Kraftfutter und Düngekalk, infolge des Abbaues von Importsubventionen und wegen höherer Löhne und Saisonzuschläge (Stickstoffdünger). So verteuerten sich Importmais um 27 %, Ölkuchen um 51 bis 66 %, Fischmehl um 103 % und Viehsalz¹⁾ um 100 %. Weizenkleie, Roggenkleie und Futtermehl wurden um 50, 40 und 10 %, Düngekalk um 22 bis 32 % und Kalkammonsalpeter um 5 % teurer. Dagegen werden Superphosphat, Thomasmehl und Kalisalz auch weiter stark subventioniert an die Landwirtschaft abgegeben.

Preise von Futtermitteln und Handelsdünger

Art	Ø 1937	Großhandelspreise			
		September 1950	Dezember 1950	September 1950	Dezember 1950
		S je 100 kg			
		1937=100			
Import-Körnermais	24'08	67'87	85'87	281'9	356'6
Erdnußschrot	23'39	74'55	123'45	318'7	527'8
Kokosschrot	23'92	71'50	108'00	298'9	451'5
Fischmehl	42'71	90'60	184'14	212'1	431'1
Weizenkleie	16'47	36'00	54'00	218'6	327'9
Roggenkleie	16'42	30'00	42'00	182'7	255'8
Weizenfuttermehl ¹⁾	28'00	72'50	80'00	258'9	285'7
Roggenfuttermehl	22'83		70'00		306'6
Kalkammonsalpeter ²⁾	28'19	75'42	79'06	267'5	280'5
Mischkalk 1:1	3'70	16'14	21'30	436'2	575'7
Kalksteinmehl	3'01	10'41	12'70	345'8	421'9

¹⁾ Nr. 7½. — ²⁾ In bituminierten Säcken.

Während der Preisindex für Phosphorsäure- und Kalidünger dank starken Preisstützungen nur 228, 246 und 180 % von 1937 beträgt, ist der Preis für Kalkdünger mehr als doppelt so hoch gestiegen. Der Verbrauch von Kalkdünger ist deshalb stark zurückgegangen und dürfte nicht einmal den Vorkriegsstand erreichen. Im Gegensatz dazu hat sich der Verbrauch von anderen Düngern vervielfacht. Da aber eine ausreichende Düngung der „sauren“ Böden mit Kalk aus vielen Gründen notwendig ist — Kalk ist nicht nur ein Pflanzennährstoff, sondern erhöht auch die Wirkung der organischen und anorganischen Dünger —, wurden für die Bergbauerngebiete die Abgabepreise von Mischkalk und Kalksteinmehl durch ERP-

¹⁾ 15.000 t werden im Jahre 1951 noch zum halben Preis (S 60— je 100 kg) an Bergbauern abgegeben.

Mittel um mehr als 50 % auf S 10'50 und S 5'50 je 100 kg verbilligt.

Während die neuen Preisindizes für Importmais, Kleie und Futtermehl noch unter den relativ niedrigen für Weizen (374'6 % von 1937) und Roggen (423'3) liegen, haben sich Ölkuchen und Fischmehl stärker verteuert. Da auch die Großhandelspreise anderer inländischer Futtermittel, wie Gerste (531'2), Hafer (620'5), Mais (752'0) und Kartoffeln (548'6) über dem relativen Preisniveau von Milch (463'0) und Schlachtrindern (483'5 bis 518'6) liegen und verbilligte Importfuttermittel (Mais) fehlen, besteht kaum mehr ein Preisanreiz, die Veredlungswirtschaft stärker zu intensivieren.

Dazu mangelt es überdies auch an Futter. Freilich halten Schweinemast und Geflügelzucht gegenüber anderen Zweigen der tierischen Produktion noch einen Preisvorsprung, der bewirkt, daß ein Teil des billigen Brotgetreides in Form von Schweinefleisch und Eiern auf den Markt kommt. Im allgemeinen ist jedoch die Futtermitteldecke infolge knapper Einfuhren und ungenügender Eigenerzeugung so kurz, daß sich der seit 1949 sprunghafte Anstieg der tierischen Produktion stark verlangsamten dürfte.

Auch die Preise von Holz zogen in den letzten Monaten stark an. Die in Oberösterreich zwischen Produzenten und Verbrauchern vereinbarten neuen Rohholz-Richtpreise sind um 20 bis 25 % höher als im Sommer. Auch in den anderen Bundesländern wird man sich über höhere Preise wahrscheinlich rasch einigen, zumal da der Waldbesitz mit dem Angebot zurückhält und die Holzlager infolge der Exportkonjunktur stärker abnehmen, als saisonbedingt zu erwarten war. Auffallend ist, daß die Inlandspreise von Schnittholz²⁾ weniger stark gestiegen sind als die

Entwicklung der Holzpreise¹⁾

(Fichte und Tanne)

Monat		Säge-Rundholz 2a aufwärts media 3b			Schleifholz media 1a, 1b			Schnittholz O bis II Breitware		
		1937	1950 ²⁾	1937	1937	1950 ³⁾	1937	1937	1950 ⁴⁾	1937
		S je fm			S je fm			S je m ³		
		= 100			= 100			= 100		
VIII.	21	164	781	19	114	600	88	405	460	
IX.	22	155	705	20	123	615	88	405	460	
X.	22	178	809	20	123	615	89	415	466	
XI.	22	182	827	19	125	658	87	430	494	
XII.	22	200	909	18	148 ⁵⁾	822	87	450	517	

¹⁾ Preise frei Bahnstation nach dem amtlichen Waren-Kursblatt der Wiener Börse und den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Preise in Oberösterreich. — ³⁾ Preise in Steiermark. — ⁴⁾ Kurse der Wiener Holz Börse.

⁵⁾ Zu beachten ist, daß der Preisindex für Bretter und Bohlen, die relativ billiger sind als andere Sortimente, nicht repräsentativ ist für das gesamte Schnittholz. So betrug im Dezember 1950 der Index für Breitware nur 517 (1937 = 100), für Rohhobler und Kanthölzer dagegen 595 und 661.

Preise von Rohholz. Allerdings hinken die Schnittholzpreise bei steigender Preistendenz den Preisen des Rohholzes stets etwas nach. Zudem waren die Durchschnittspreise infolge guter Exporterlöse — im ersten Halbjahr 1950 lag der Preisindex des exportierten Schnittholzes laut Statistik des Außenhandels bei 694 % von 1937 — und einer hohen Exportquote — 60 % der Schnittholzproduktion wurden exportiert — bedeutend höher.

Die internationalen Holzmärkte zeigen eine anhaltend feste Tendenz. Da die Nachfrage nach Schafwolle, Baumwolle und Blech größer ist als das Angebot, herrscht auch rege Nachfrage nach Holz, weil mehr Zellwolle, Packpapier und Pappe herzustellen ist. Schwedens Holzmärkte hatten zuletzt um 65 bis 75 % höhere Preise als im Vorjahre.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 637—638

Die Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft war im November ungestört. In der Strombelieferung dürfte man voraussichtlich bis zum Frühjahr mit den bisherigen geringen Einschränkungen auskommen, falls nicht extreme Witterungsverhältnisse oder schwere Maschinenschäden eintreten. Auch die Kohlenversorgung ist nicht unmittelbar gefährdet. Die Einfuhr konnte bisher auf dem allerdings auf die Dauer zu niedrigen Niveau der letzten Monate gehalten werden. Ernstere Schwierigkeiten mit Polen konnten durch Verhandlungen beigelegt werden. Da die Ausweitung der Industrieproduktion den Kohlenbedarf gesteigert hat, wäre es dringend geboten, die Einfuhr aus Polen wieder auf das Niveau des ersten Halbjahres zu erhöhen.

Das unerwartet reichliche Wasserdargebot im November erlaubte, die kalorische Stromerzeugung stark zu reduzieren. Die Dampfkraftwerke setzten daher ihre Tageserzeugung von 6,2 Mill. kWh zu Ende Oktober Mitte November auf 2,5 Mill. kWh herab. Die Stromerzeugung in den Wasserkraftwerken des Verbundnetzes überstieg in der zweiten Novemberrhälfte hochsommerliche Werte und erreichte am 24. November mit 8,4 Mill. kWh (ohne Innkraftwerke und Bezug aus Tirol) den höchsten Stand des Jahres.

Die Gesamterzeugung war im November mit 396 Mill. kWh um 35 Mill. kWh niedriger als im Oktober, während der Verbrauch in der gleichen Zeit um 7 Mill. kWh stieg und mit 369 Mill. kWh den bisher höchsten Wert erreichte.

Da die Kohleanlieferungen im allgemeinen planmäßig erfolgten, die kalorische Erzeugung aber eingeschränkt werden konnte, nahmen die Brenn-

Erzeugung und Verbrauch elektrischer Energie

Zeit	Gesamte Strom- erzeugung	Laufwasser- erzeugung	davon in in Millionen Kilowattstunden			Ver- brauch
			Speicher- Kraftwerken	Wasser- Kraftwerken	Dampf- Kraftwerken	
Ø 1946	254'13	142'77	81'79	224'56	29'57	186'40
Ø 1947	269'52	154'76	72'15	226'91	42'61	216'51
Ø 1948	351'04	191'27	114'75	306'02	45'03	277'73
Ø 1949	349'72	194'21	87'08	281'29	68'43	305'39
1946 IX.	273'30	155'94	90'04	245'98	27'32	186'67
X.	248'77	130'29	60'82	191'11	57'66	205'50
XI.	246'36	141'40	56'90	198'30	48'06	198'19
1947 IX.	259'15	140'70	59'96	200'66	58'49	199'07
X.	243'94	107'69	52'90	160'59	83'35	220'97
XI.	236'08	137'52	40'29	177'81	58'27	223'79
1948 IX.	385'39	207'81	136'11	343'92	41'47	287'35
X.	338'93	172'18	85'32	257'51	81'42	281'23
XI.	302'60	145'16	44'20	189'35	113'25	291'43
1949 IX.	389'25	227'59	107'40	334'99	54'26	320'85
X.	359'06	168'89	87'11	256'00	103'06	306'84
XI.	341'33	176'67	70'63	247'29	94'04	311'74
1950 IX.	427'72	253'34	105'97	359'31	68'41	351'37
X.	431'27	216'98	92'27	309'25	122'02	362'32
XI.	396'11	242'03	74'57	316'60	79'51	369'08

stoffvorräte der Dampfkraftwerke weiter zu. Ende November (Oktober) verfügten die Dampfkraftwerke über 251.000 t (247.000 t) Kohle und 4.500 t (4.288 t) Heizöl.

Am 12. November wurde der erste Generator der Laufwerksstufe des Kraftwerkes Reißbeck mit einer Leistung von 6.500 kW, am 15. November in Osttirol im Werk Debant II ein Generator von 3.250 kW und am 20. November der zweite Generator im Ennskraftwerk Ternberg mit 15.000 kW in Betrieb gesetzt. Im Werk Simmering wurde am 21. November der zweite Hochdruckkessel in Verwendung genommen.

Die inländische Kohlenförderung nimmt weiter zu. Erstmals in der Geschichte des österreichischen Kohlenbergbaues stieg die Monatsförderung an Braunkohle im November über 400.000 t, d. s. fast 50 % mehr als im Durchschnitt des Jahres 1937. (Siehe Tabelle Kohlenförderung nach Bundesländern auf S. 637.)

Das seit Mai ununterbrochene Steigen der Braunkohlenförderung ist, abgesehen von der Verknappung der Einfuhr, die die marktmäßigen Voraussetzungen für den Absatz der sonst nur ungern gekauften inländischen Braunkohlen schuf, auf die bedeutenden Investitionen im Kohlenbergbau zurückzuführen, die — zumeist mit Counterpartmitteln durchgeführt wurden.

Einer der besonders geförderten Bergbaue in Langau (Niederösterreich) hat im Jahre 1950 bereits 140.000 t — allerdings minderwertige — Kohle geliefert, die zum größten Teil von den Wiener Dampfkraftwerken abgenommen wurde. In Ostermiething (Oberösterreich) wurden bedeutende Mittel aufgewendet, um die Grube an das Bahnnetz anzuschließen und damit die Voraussetzungen für einen großzügigen Abbau zu schaffen. Die Förderung selbst stößt allerdings auf unerwartete Schwierigkeiten. Es sind nun neue Versuchsbohrungen notwendig, die den bereits für Anfang 1951 erhofften Vollbetrieb um mindestens ein Jahr verzögern werden. Die bei den Vorbereitungsarbeiten vorgefundenen geologischen Verhält-

nisse sind kompliziert und erfordern eigene Abbau- methoden.

Die *Kohleneinfuhr* ist im November geringfügig gestiegen, lag aber noch immer um 12% niedriger als im November 1949, während die industrielle Produktion in der gleichen Zeit um 10% zugenommen hat. Die Lieferungen aus Polen liegen derzeit weit unter den Durchschnittsmengen des ersten Halbjahres. Auch die Einfuhr aus der Tschechoslowakei ist jetzt nicht einmal halb so hoch wie im ersten Halbjahr. Die Importe aus der Ruhr sind verhältnismäßig konstant geblieben und sogar etwas höher als im Durchschnitt des Jahres 1949. (Siehe Tabelle *Kohleneinfuhr Österreichs nach Herkunftsländern* auf S. 638.)

Insgesamt wurden im November 406.000 t (Steinkohlenbasis), d. s. 147'8% von 1937, nach Österreich eingeführt, so daß zusammen mit den Lieferungen des inländischen Kohlenbergbaues 599.000 t (145'2% von 1937) für den Verbrauch zur Verfügung standen. Die Belieferung der einzelnen Hauptverbrauchergruppen ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres annähernd gleich geblieben.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 639—644

Trotz einzelnen Rohstoffengpässen und saisonbedingten Produktionseinschränkungen hat die industrielle Erzeugung im Oktober mit 150'4% von 1937 eine neue Rekordhöhe erreicht. Im November hielt zwar die günstige Konjunkturlage an, doch verstärkten sich die ungünstigen Saisoneinflüsse, so daß mit einem Rückgang des Produktionsindex zu rechnen ist.

Die Rohstoffversorgung

Die Versorgung mit Rohmaterial dürfte mit dem Übergang zur Bewirtschaftung strategisch wichtiger Rohstoffe auf dem Weltmarkt eher noch schwieriger werden. Selbst dort, wo die Verknappung international noch nicht einschneidend ist, wie z. B. bei Baumwolle, haben bedeutende Preiserhöhungen die Versorgung gehemmt.

In einigen Fällen wird der Rohstoffmangel ganz oder zumindest teilweise durch Ersatzstoffe auf Kosten der Qualität behoben werden können. So hat z. B. die Textilindustrie schon in den letzten Monaten in steigendem Maße Zell- und Reißwolle und die Elektroindustrie immer mehr Aluminium statt Kupfer verwendet. Auch die Stahlindustrie wird aus Mangel an Legierungsmetallen wieder die schon während des Krieges üblichen niedriglegierten Stähle herstellen, um die Vorräte zu strecken.

Diese Rohstoffeinsparungen bedeuten aber Qualitätsverschlechterung oder Preiserhöhung und sind überdies nur begrenzt möglich.

Einige Rohstoffe, vor allem jene für die Konsumgüterindustrien (Baumwolle, Fettrohstoffe, technische Fette), von denen am Beginn der Rohstoffhaushalt große Vorräte im Inland vorhanden waren, wurden auch deshalb nur zögernd nachgeschafft, weil man Preiserhöhungen vermeiden wollte. Inzwischen nehmen aber die alten Vorräte rasch ab und müssen nun doch zu höheren Preisen nachgeschafft werden. Da diese Politik mit einem teilweisen Substanzverlust verbunden war und außerdem die Lieferfristen länger geworden sind, fehlen jetzt vielfach die Mittel, um die Importe aus eigenem zu finanzieren.

Auch bei inländischen Rohstoffen und Vormaterialien nehmen die Verknappungen zu. Die Schwerindustrie kann ihre Erzeugung vorläufig nicht stärker ausweiten, so daß die steigende Inlandsnachfrage, selbst wenn die Exporte nicht zugenommen hätten, nicht voll befriedigt werden könnte. Gleichzeitig klagt die Baustoffindustrie über Schwierigkeiten beim Kohlenbezug (meist polnischer Feinkohle). Es könnte daher im Frühjahr, wenn das Bauvolumen des Investitionsprogrammes 1951 erreicht werden soll, eine fühlbare Knappheit in erster Linie von Baueisen, Zement und Ziegeln eintreten.

Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen

Der *Produktionsindex* war im Oktober mit 150'4% um 0'7% höher als im September. Für November liegen noch keine endgültigen Ziffern vor. Nach den bisherigen Meldungen ist aber mit einem — vorwiegend saisonbedingten — Rückgang zu rechnen.

Der Index der *dauerhaften Güter* ist im Oktober um 1'4% gestiegen, während der *Konsumgüterindex* mit 123'6% von 1937 nahezu unverändert blieb.

Da die Beschäftigung gleichzeitig um 0'3% zugenommen hat, ist der *Produktivitätsindex* geringfügig zurückgegangen.

Die Entwicklung war nicht einheitlich. Während in der Mehrzahl der Industriezweige die Produktion leicht, zum Teil auch stärker stieg, ist sie in einigen anderen saisonbedingt stark zurückgegangen. In einigen Sparten, insbesondere im Bergbau, in der eisenschaffenden Industrie, der Maschinen-, Elektro- und chemischen Industrie wurden im Oktober neue Höchstleistungen erzielt. (Siehe Tabelle *Produktion, Beschäftigung und Produktivität* auf S. 639.)

Die *Bergbauproduktion*, die im Oktober mit 148,6% von 1937 den bisher höchsten Stand erreicht hatte, ist im November trotz der ungünstigen Jahreszeit weiter stark gestiegen. Besonders die Kohlen- und Eisenerzförderung haben neue Rekordhöhen erreicht. Der Gesamtindex der Bergbauproduktion stieg um 8,2% auf 155,5% von 1937.

Die *Talkumindustrie* ist gegenwärtig mit umfangreichen Investitionen beschäftigt, die bezwecken, durch Rationalisierung und Kostensenkung der immer stärker werdenden ausländischen Konkurrenz erfolgreich begegnen zu können. (Siehe Tabelle *Bergbau* auf S. 640.)

Der Index der *Magnesitindustrie* (siehe Tabelle *Magnesitindustrie* auf S. 640) ist im November um 2,6% auf 162,8% von 1937 zurückgegangen. Die Produktionseinschränkung ist nur auf Reparatur und Überholung der Anlagen zurückzuführen. Die Absatzlage im Export ist unverändert günstig.

Die Produktion der *eisenschaffenden Industrie* ist im November ebenfalls leicht – um 1,4% – zurückgegangen, weil Walzwerksanlagen repariert werden müssen. Die Roheisenerzeugung hat mit 83.450 t, davon über 50.000 t in Linz, einen neuen Höhepunkt erreicht, während in der Stahlerzeugung die ungewöhnlich hohe Oktoberleistung nicht gehalten werden konnte. (Siehe Tabelle *Hüttenwerke* auf S. 640.)

Die gesteigerte Nachfrage nach *Walzwaren* zu befriedigen, wird immer schwieriger, weil die Erzeugung in nächster Zeit nicht weiter ausgedehnt werden kann und die Exportverpflichtungen im Rahmen der Handelsverträge eingehalten werden müssen. Außerdem laufen dauernd neue Exportanfragen aus dem Ausland ein, die für die Werke angesichts der ungünstigen Inlandspreise sehr verlockend sind.

Die Versorgung mit *Legierungsmetallen* ist dank einigen Lieferungen aus den USA und aus Japan für kürzere Zeit wieder gesichert; nur Käufe von Ferro-Molybdän und -Mangan konnten bisher nicht abgeschlossen werden.

Auch die *Schrottversorgung* ist jahreszeitlich bedingt wieder schlechter geworden. Da außerdem die vertraglich festgesetzten Mengen aus Westdeutschland nicht im erwarteten Umfang einlangen, muß von den ohnehin ungenügenden Vorräten gezehrt werden.

Für das Jahr 1951 wurde der österreichische Schrotbedarf mit 550.000 t veranschlagt, wovon 500.000 t auf die Stahlerzeugung entfallen. Dieser Bedarf kann voraussichtlich mit 250.000 bis 280.000 t von den Werken selbst (Umlauf- und Demontage-schrott) und mit etwa 150.000 t aus der Inlandsaufbringung gedeckt werden, so daß Importe von 120.000 t nötig sind, die nur schwer beschafft werden können. Eine Korrektur der noch immer weit unter dem Weltmarktniveau liegenden inländischen Schrottpreise würde allerdings die Inlandsaufbringung bedeutend steigern.

Kurz nach der Betriebsaufnahme des neuen *Blockwalzwerkes* in Donawitz haben die zuständigen amerikanischen Stellen auch die Exportlizenz für die neue *Knüppelstraße* erteilt. Für das im Anschluß an die Breitbandstraße

in Linz geplante *Kaltwalzwerk* wurden die ersten Autorisationen im Betrag von 1,8 Mill. \$ freigegeben.

Da die Kapazität des Donawitzer Stahlwerkes bei Vollbetrieb der neuen Walzwerksanlagen nicht ausreichen wird, soll nun auch ein neues *Blasstahlwerk* errichtet werden, für dessen Betrieb die Erfahrungen aus den seit längerer Zeit laufenden Großversuchen mit diesem neuen Verfahren zur Verfügung stehen.

Der Index der *Metallhütten* ging im Oktober um 41,7% auf 177,1% von 1937 zurück, weil die Aluminiumerzeugung von 2.184 t im September auf 908 t im Oktober gesenkt werden mußte. Die Blei- und Kupferproduktion konnte dagegen gesteigert werden. (Siehe Tabelle *Metallhütten* auf S. 640.)

Insgesamt wird die *Aluminiumerzeugung* im Jahre 1950 17.000 t erreichen und damit um 1.000 t über der vorgesehenen Menge liegen. Im Jahre 1951 soll sie durch Steigerung der Stromlieferungen allein in Ranshofen auf 16.000 t gebracht werden, so daß die Gesamterzeugung mehr als 20.000 t betragen wird.

Inzwischen haben die Vereinigten Österreichischen Metallwerke in Ranshofen bereits den Export von Aluminiumhalbfabrikaten (Bleche, Grobdraht) aufgenommen und die Erzeugung von Bändern und Profilen vorbereitet, für die ebenfalls reges Auslandsinteresse besteht.

Die *Gießereiindustrie* hat im Oktober die Produktion um 6,1% erhöht. Die Metallpreissteigerungen auf dem Weltmarkte haben hier zu einer, allerdings nur geringen, Erhöhung der Metallgußpreise geführt. Die Versorgung mit Gußbruch wird um so schwieriger, je mehr der Unterschied zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen wächst. Die Firmen gehen daher schon wieder dazu über, von ihren Kunden die Beistellung von Gußbruch zu verlangen.

In der *Fahrzeugindustrie* ist die Produktion im Oktober in allen Sparten gestiegen. Der Produktionsindex hat um 13,8% zugenommen. Die Exporte waren ebenfalls höher.

Die *Maschinenindustrie* hat mit einer Steigerung um 4,5% im Oktober einen neuen Höchststand (207,3% von 1937) erreicht. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsauftragsbestände nehmen zu, und die steigenden Auslandspreise würden günstige Geschäfte ermöglichen. Dagegen ist die Belieferung mit Vormaterialien, insbesondere Walzwaren, bei weitem nicht ausreichend, die gegenwärtige Produktion zu sichern, geschweige denn eine Steigerung zu ermöglichen. Vorläufig steigen die Exporte allerdings noch in fast allen Sparten.

Auch in der *Elektroindustrie*, die im Oktober mit 212,3% von 1937 ebenfalls einen Höchststand erreichte, ist die Auftragslage sehr günstig. Sie würde eine beträchtliche Produktionsausweitung ermöglichen, wenn nicht bereits Rohstoffengpässe wirksam wären. In einigen Sparten (Glühlampen- und Radioindustrie) hat die Produktion saisongemäß in der

letzten Zeit besonders stark zugenommen, wird aber nach Deckung des Saisonbedarfs wieder zurückgehen. (Siehe Tabelle *Elektroindustrie* auf S. 642.)

Der Produktionsindex der *Baustoffindustrie* ist saisonmäßig um 5,5% gesunken, weil die Ziegeleien die Erzeugung zum Teil schon eingestellt haben. Der Absatz von Ziegeln hat sich von der Stagnation im Sommer überraschend gut erholt. Die großen Vorräte bei den Werken wurden fast ganz verkauft, so daß die Bausaison im nächsten Frühjahr auf die neue Erzeugung angewiesen ist.

Die Zementwerke sind gegenwärtig voll ausgenutzt, werden aber im Winter die Erzeugung wegen dringender Überholungsarbeiten einschränken müssen. In den meisten übrigen Sparten der Baustoffindustrie ist die Kapazität allerdings erheblich größer als selbst ein gesteigerter Inlandsbedarf. Besonders die Dachpappenindustrie, die 14 Betriebe umfaßt, kann nur einen geringen Teil ihrer Anlagen ausnutzen und arbeitet daher mit ungünstigen Kosten. Der Export hat bisher nur geringe Mengen aufgenommen und wird sich auch in Zukunft nicht beträchtlich ausweiten lassen.

Produktion der Baustoffindustrie

Zeit	Index	Mauer- ziegel 1.000 St.	Zement Tonnen	Kalk m ³	Heraklith m ³
Ø 1937	100'00	54.000	35.750	5.679	4.308
1949 VIII.	175'61	64.711	107.540	24.086	16.300
IX.	183'31	65.455	109.284	26.345	11.760
X.	176'24	58.965	111.752	29.611	12.850
1950 VIII.	195'96	65.054	126.301	26.846	12.570
IX.	192'40	58.308	129.272	21.067	12.978
X.	181'89	50.163	127.017	23.075	13.438

Der Index der *chemischen Industrie* ist im Oktober um 6,2% auf den neuen Höchststand von 223,0% von 1937 gestiegen. Besonders stark wurde die Erzeugung von Soda, Zündhölzern, Seife und Teerprodukten ausgeweitet. (Siehe Tabelle *Chemische Industrie* auf S. 642.)

Auch hier bleibt die Rohstoffanlieferung weit hinter der Verbrauchssteigerung zurück. Von den wichtigsten Rohstoffen sind allerdings beträchtliche Vorräte vorhanden, so daß Knappheit erst bei wenigen Waren und zu meist nur in kleineren Betrieben, die finanziell zu schwach waren, sich besser zu versorgen, aufgetreten ist.

Die *Stickstoffwerke* in Linz sind schon jetzt mit Exportaufträgen für das nächste Jahr gut versorgt und haben erstmals sogar Lieferungen nach den USA abgeschlossen. Die volle Kapazitätsausnutzung ist für geraume Zeit gesichert.

Die *Zellwollefabrik* in Lenzing errichtet in ihrem Betrieb eine Anlage zur Erzeugung von Zellglas (Cellophan), die Mitte 1951 fertig werden und eine Monatskapazität von 60 t haben wird. Das Cellophan wird im gleichen Betrieb auch konfektioniert werden.

In der *Papierindustrie* ist die Erzeugung auch im November geringfügig (um 0,9%) gesunken. Die

Betriebe sind aber nach wie vor voll beschäftigt. (Siehe Tabelle *Papierindustrie* auf S. 643.) Die ausgesprochen günstige Exportlage hat bereits zu einer Verknappung der Lieferungen an die *papierverarbeitende Industrie* geführt, die ihrerseits nach der Stagnation im Sommer nun auch gut beschäftigt ist.

Der Holzzugang bei den Papierfabriken hat jahreszeitlich bedingt weiter abgenommen und lag im Oktober bereits beträchtlich unter der Verbrauchsziffer. Dementsprechend haben die bedeutenden Holzvorräte etwas abgenommen. Der Kohlenverbrauch hat stark, der Stromverbrauch etwas weniger zugenommen.

Holzzugang und Holzverbrauch der Papierindustrie

Monat	Holzzugang fm	Holzverbrauch fm
1950 I.	132.579	147.043
II.	170.463	134.181
III.	198.020	160.718
IV.	167.713	136.059
V.	196.351	153.501
VI.	157.712	145.180
VII.	141.416	145.419
VIII.	148.051	165.507
IX.	138.221	161.667
X.	105.709	169.191

Energieverbrauch der Papierindustrie

Monat	Kohlen- verbrauch ¹⁾ in t	Insg.	Eigenstrom in Mill. kWh	Fremdstrom
1950 I.	40.710	29'5	22'4	7'1
II.	36.844	26'9	19'7	7'2
III.	38.076	30'6	23'1	6'5
IV.	32.444	28'2	21'3	6'9
V.	32.521	29'1	21'3	7'8
VI.	32.439	29'1	20'6	8'5
VII.	31.674	29'9	20'8	9'1
VIII.	29.534	30'8	21'2	9'6
IX.	30.547	30'0	21'2	8'8
X.	38.154	32'0	22'8	9'2

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis umgerechnet.

Auch in der *Leder- und Schuhindustrie* hat die Erzeugung im Oktober zugenommen. (Siehe Tabelle *Lederindustrie* und *Schuhindustrie* auf S. 643.) Die starken Preissteigerungen auf dem Häuteweltmarkt haben bereits zu einer gewissen Zurückhaltung im inländischen Leder- und Häuteangebot geführt, da Preiserhöhungen erwartet werden. Vielfach wird bestehenden Preisvorschriften durch Qualitätsverschiebungen ausgewichen. Da auch die Häuteeinfuhr stockt, dürfte sich die Preissteigerungstendenz noch weiter verstärken.

Das *ERP-Schuhprogramm* ist bisher von der Schuhindustrie zu etwa drei Viertel erfüllt worden. Der Absatz beim Handel ist aber trotz einwandfreier Qualität stark hinter der Erzeugung zurückgeblieben. Ähnlich wie beim Standardprogramm der Textilindustrie lassen sich

die modischen Wünsche der Konsumenten nicht durch noch so große Preisvorteile kompensieren.

Der Index der *Textilindustrie* ist im Oktober um 2,6% auf 103,8% von 1937 gestiegen, erreichte damit aber noch nicht den Höchststand vom März. (Siehe Tabellen *Textilindustrie I und II* auf S. 644.) Die Rohstoffverbrauchsfiguren der *Textilindustrie* zeigen bereits deutlich, daß der Umstellungsprozeß auf Ersatzstoffe (Zellwolle und Reißwolle) begonnen hat. Die Rohstoffeinfuhren für die *Textilindustrie* waren auch im November, besonders bei Wolle, völlig ungenügend und bedeutend niedriger als der laufende Verbrauch.

Energieverbrauch der Textilindustrie

Monat	Kohle und Heizöl	Insgesamt	Eigenstrom	Fremdstrom
			in Millionen kWh	
1950 I.	16.653	15'2	9'2	6'0
II.	16.404	14'7	9'0	5'7
III.	13.536	16'1	10'0	6'1
IV.	12.272	13'8	8'5	5'3
V.	15.619	13'3	8'3	5'0
VI.	9.920	13'7	8'1	5'6
VII.	7.866	11'1	6'2	4'9
VIII.	9.241	12'5	7'0	5'5
IX.	11.158	14'7	8'2	6'5
X.	14.007	15'7	8'9	6'8

Die Produktion in der *Nahrungs- und Genussmittelindustrie* war saisonbedingt uneinheitlich. Während die *Bierherstellung* stark zurückging, begann das Saisongeschäft in der *Schokoladen- und Süßwarenindustrie* und die Kampagne in der *Zuckerindustrie*.

Ende November wurde die für landwirtschaftliche *Brennereien* und *Sulfitspiritusfabriken* verfügte Produktionseinschränkung durch das Finanzministerium wieder aufgehoben. Gegenwärtig werden bereits Anlagen für die Entwässerung von Alkohol gebaut, deren erste März fertig werden soll. Der in diesen Anlagen behandelte Alkohol soll zur Benzinbeimischung, über die allerdings noch keine Einigung erzielt worden ist, verwendet werden.

Inlandsabsatz der Baumwollindustrie¹⁾

Ware	Inlandlieferungen im		
	I. Quartal 1950	II. Quartal 1950	III. Quartal 1950
	Meter		
Fahnenstoffe	8.492	2.035	3.008
Einlagestoffe	248.978	213.646	214.613
Wäscheeinlagestoffe	11.196	13.602	20.646
Pfaster- und Hefestoffe	11.616	19.970	2.618
Technische Gewebe	869.356	651.683	820.415
Verbandmüll	711.444	1.190.426	917.805
Windelmüll	165.712	94.783	85.259
Besatzstoffe	11.443	5.453	6.720
Schirmstoffe	9.705	20.065	10.862
Futterstoffe	500.337	528.037	780.522
Schuhfutterstoffe	53.164	51.682	78.491
Kopftuchwebe	21.192	59.629	36.009
Taschentuchwebe	208.974	135.828	195.991
Handtuchstoffe	105.606	93.064	93.658
Frottierhandtuchgewebe	64.404	10.718	89.464
Geschirrtuchwebe	6.254	3.925	3.700
Tischtücher	60.665	40.535	32.278
Staub- und Scheuertücher	124.683	72.177	67.309
Matrazengradl	85.065	51.722	48.966
Dekorations- und Möbelstoffe	101.015	90.646	64.827
Vorhangstoffe	207.423	183.143	234.284
Bettdeckenstoffe	32.184	45.049	42.070
Badetücher	6.893	7.012	6.049
Frottierwaren	14.106	29.866	34.286
Windelflanell	31.924	4.908	17.597
Miederstoffe	6.972	6.559	13.167
Molino, Cotton	4.751.003	4.658.852	4.627.803
Schürzenstoffe	228.392	317.289	285.459
Berufskleiderstoffe	574.553	747.355	844.755
Hosen- und Unterhosenstoffe	60.298	73.743	70.266
Kleiderstoffe	2.346.320	2.803.262	2.772.142
Hemdenstoffe	2.808.778	1.847.072	2.045.290
Frauenwäschestoffe	361.261	125.265	552.835
Flanelle und Barchente	326.418	197.444	749.270
Inlette	191.446	206.015	354.466
Leintuchwebe	319.868	121.311	474.238
Betrwäschestoffe	1.636.914	1.479.860	1.833.531
Diverse Gewebe	2.568	38.430	49.668
Insgesamt ...	17.286.622	16.242.061	18.580.337

¹⁾ Statistik des Verbandes der Textilindustrie.

Der Absatz von Primasprit für die *Spirituosenindustrie* ist im November entgegen den Erwartungen weiter zurückgegangen. Der illegale Spirituosenverkauf deckt bereits einen bedeutenden Teil des Bedarfes.

Der Index der *Tabakwarenerzeugung* ist im Oktober um 21,7% und im November um weitere 2,4% zurückgegangen. Die Tabakwerke sind reichlich mit Rohtabak versorgt.

Rohstoffverbrauch der Textilindustrie¹⁾

Zeit	Baumwolle	Zellwolle B-Typ	Zusammen	Schafwolle	Zellwolle W-Typ	Zusammen	Hanf	Flachs	Jute	Reißspinnstoffe	Baumwollgarne	Zellwollgarne B	Streichgarne	Kammgarne	Zellwollgarne W	Kunstseiden	Leinengarne	Hanfgarne	Jutegarne
	in Tonnen																		
1937 Ø	3.083		3.083	833		833		1.130	623										
1948 Ø	1.216	390	1.606	432	205	637	140	144	134	700	682	184	375	40	28	70	28	34	5
1949 Ø	1.686	584	2.270	655	363	1.018	226	141	275	847	1.099	310	489	115	28	138	44	50	26
1950 I.	1.655	889	2.544	776	340	1.116	279	165	413	906	1.247	467	557	154	60	137	70	71	56
II.	1.705	792	2.497	783	315	1.098	417	153	439	918	1.072	513	557	151	46	139	51	72	53
III.	1.882	978	2.860	922	406	1.328	1.115	189	660	1.051	1.289	577	652	227	52	142	58	78	70
IV.	1.446	927	2.373	719	297	1.016	482	163	409	866	1.115	530	503	156	51	133	70	76	56
V.	1.653	891	2.544	724	392	1.116	600	147	476	860	1.186	492	447	146	60	115	73	117	57
VI.	1.911	870	2.781	798	338	1.136	513	181	355	765	1.289	500	507	143	68	123	65	40	54
VII.	1.550	791	2.341	776	261	1.037	560	76	322	591	1.055	426	380	145	44	105	42	60	45
VIII.	1.757	697	2.454	570	211	781	507	175	410	790	1.352	462	526	141	51	133	54	49	65
IX.	1.927	863	2.790	683	334	1.017	324	170	368	829	1.311	526	635	216	70	128	54	54	58
X.	1.996	838	2.834	743	339	1.082	279	158	444	1.011	1.578	560	530	203	86	154	61	81	70

¹⁾ Nach Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

Inlandsabsatz der Wollwebwaren- und Handstrickgarnindustrie¹⁾

Art		Inlandlieferungen im		
		I. Quartal 1950	II. Quartal 1950	III. Quartal 1950
Anzugstoffe.....	Meter ..	1,629.888	1,637.175	1,325.730
Mantelstoffe.....	„ ..	263.015	156.128	453.445
Kleiderstoffe.....	„ ..	768.235	310.322	542.819
Uniformstoffe.....	„ ..	18.736	26.890	40.866
Wollstrucks.....	„ ..	3.775	3.407	7.232
Einlagestoff.....	„ ..	71.302	80.929	89.776
Hausschuhstoffe.....	„ ..	13.063	9.950	15.589
Wolldecken, Putztücher und techn. Artikel....	kg ..	.	.	304.785
Handstrickgarn.....	„ ..	146.621	98.642	66.664

¹⁾ Statistik des Verbandes der Textilindustrie.

In der *holzverarbeitenden* Industrie hält die günstige Beschäftigungslage mit Ausnahme des Holzhausbaues an. Die Auftragsbestände der *Möbelindustrie* verringern sich allerdings bereits. Die großen Schnittholzexporte beeinträchtigen die Versorgung der inländischen verarbeitenden Industrie. Der Holzhausexport konnte noch immer nicht ausgedehnt werden; die Ausfuhr von Hartfaser-, Holzfaser- und Isolierplatten ist gestiegen.

Das Exportgeschäft der *Sägeindustrie* steht im Zeichen der Hausse auf dem Weltmarkt, die, insbesondere im Geschäft mit England, Holland, aber auch der Levante, zu Preissteigerungen geführt hat. Nach Abschluß des Handelsvertrages mit der deutschen Westzone belebt sich auch das Geschäft mit Deutschland.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 645

Entgegen den saisonmäßigen Erwartungen¹⁾ sind die Einzelhandelsumsätze im *November* allgemein gestiegen. In den Wiener Warenhäusern nahmen sie um 23 %, bei den Konsumgenossenschaften um 6 % und im Gesamteinzelhandel um 11 % zu. Diese Entwicklung ist teils auf den relativ schwachen Geschäftsgang des Vormonates, teils auch darauf zurückzuführen, daß die Konsumenten in Erwartung weiterer Preiserhöhungen oder Qualitätsverschlechterungen (insbesondere bei Textilien) zukünftige Käufe (u. a. auch von Weihnachtsgeschenken) vorzeitig besorgten. Die vereinzelt schon im November ausbezahlten 13. Monatsgehälter und Remunerationen sowie eine größere Beanspruchung der Teilzahlungsmöglichkeiten verstärkten die effektive Nachfrage.

Im Vergleich zum November 1949 waren die Wertumsätze im Durchschnitt um etwa 25 % höher. Da die Einzelhandelspreise seither allgemein zuge-

nommen haben²⁾, lagen die Mengenumsätze nur um etwa 15 bis 20 % über denen des Vorjahres.

Nach bisher vorliegenden Meldungen war auch das Weihnachtsgeschäft durchwegs gut, obwohl man auf Grund der vielfach vorweggenommenen Käufe mit einer etwas schwächeren Nachfrage gerechnet hatte. Die in diesem Jahre zum Teil sehr erheblichen zusätzlichen Einkommen vor Weihnachten (eine größere Zahl von Betrieben zahlte 14. Monatsgehälter und außerdem noch Remunerationen) verstärkten die kaufkräftige Nachfrage. Außerdem wurden auch Vorratskäufe (insbesondere von Lebensmitteln) getätigt.

Einzelhandelsumsätze im November

Geschäftszweig	1949 Veränderungen gegenüber Oktober in %	1950 Veränderungen gegenüber Oktober in %	1950 in % von 1949
Wiener Warenhäuser insgesamt.....	5'2	+ 22'8	121'6
davon:			
Textilien und Bekleidung	8'3	+ 16'0	122'5
Möbel und Hausrat	8'0	+ 28'9	107'8
Sonstiges	+ 17'0	+ 72'3	123'2
Konsumgenossenschaften	3'0	+ 5'9	118'1
Einzelhandel insgesamt.....	9'3	+ 11'3	125'8
davon:			
Nahrungsmittel	1'9	+ 5'4	116'5
Textilien und Bekleidung	14'4	+ 13'9	132'7
Sonstige Branchen	+ 5'7	+ 55'1	118'1

Das Ausmaß der Umsatzsteigerung war in den einzelnen Branchen sehr verschieden. Am stärksten nahmen die Käufe der unter „*Sonstige*“ zusammengefaßten minderwertigen Waren (u. a. Papier-, Parfümerie-, Leder-, Spielwaren, Sportartikel), die sich vor allem für Geschenkwertgegenstände eignen, zu (in den Wiener Warenhäusern um 72 %, im Gesamteinzelhandel um 55 %). Da normalerweise die Umsätze in diesen Branchen erst im Dezember stark ansteigen, ist daraus auf eine Vorverlegung der Weihnachtskäufe zu schließen. Der Absatz von *Textilien und Bekleidung* war in den Warenhäusern um 16 %, im Gesamteinzelhandel um 14 % höher als im Vormonat. Am stärksten war der Umsatzzuwachs bei Meterware (um 24 %), während die Käufe von Konfektion und Schuhen nur um 2 % und 9 % zunahmen. Neben Flanell und Barchent, nach denen die Nachfrage saisonbedingt groß war, wurden auch gute Wollstoffe, zum Teil offenbar auf Vorrat, gekauft. Reinwollene Ware wird dadurch immer knapper. Da Mischwollqualitäten von den Konsumenten meist noch immer abgelehnt werden, dürfte der Absatz von Meterware in Zukunft auf Schwierigkeiten stoßen. Der Textilhandel ist daher sehr bemüht, die Konsumenten von der durch technische Fortschritte erzielten einwandfreien Qualität der Mischwollware zu überzeugen.

Die Umsätze von *Möbeln und Hausrat* nahmen nur in den Warenhäusern stark (um 29 %) zu. Im Fachhandel war die Nachfrage nach Möbeln nur um 6 % höher, nach Eisenwaren und Haushaltsartikeln infolge des saisonbedingt guten Geschäftsganges im Oktober sogar bis um 20 % geringer als im Vormonat. Die Umsätze des Vor-

¹⁾ Normalerweise tritt zwischen Oktober (Höhepunkt der Herbstsaison) und Weihnachtsgeschäft im November ein leichter Umsatzrückgang ein.

²⁾ Nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes stiegen die Preise der im Umsatzindex enthaltenen Warengruppen von November 1949 bis November 1950 im gewogenen Durchschnitt um rund 5 %.

jahres wurden in den Warenhäusern nur geringfügig (um 8%) übertroffen, im Fachhandel dagegen meist unterschritten.

Die Käufe von *Nahrungs- und Genußmitteln* haben sich nach dem starken Rückgang im Oktober wieder weitgehend normalisiert und lagen wertmäßig um 5% über denen des Vormonates und um 17% über den Umsätzen von November 1949.

Die Einnahmen aus der *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) nahmen im November weiter um 1% zu, obwohl die Einzelhandelsumsätze im Oktober rückläufig waren. Da allerdings die Eingänge an Umsatzsteuer im Vormonat hinter der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im September zurückblieben, ist dadurch teilweise ein Ausgleich entstanden (von August bis Oktober ist der Index der Einzelhandelsumsätze um 33% gestiegen; die Einnahmen an Umsatzsteuern nahmen von September bis November um 13% zu).

An *Verbrauchssteuern* gingen im November rund 127 Mill. S oder um 12% weniger als im Vormonat ein. Am stärksten war infolge der überaus hohen Einnahmen im Vormonat der Rückgang des Ertrages der Weinsteuer (um 40%), der mit 7 Mill. S allerdings noch immer höher als in den vorhergehenden Monaten (durchschnittlich 5,5 Mill. S) war. Die Einnahmen aus der Tabaksteuer sanken um 7%, aus der Zuckersteuer um 13% und aus der Biersteuer saisonbedingt weiter um 20%. Nur die Eingänge an Salzsteuer nahmen um 29% zu.

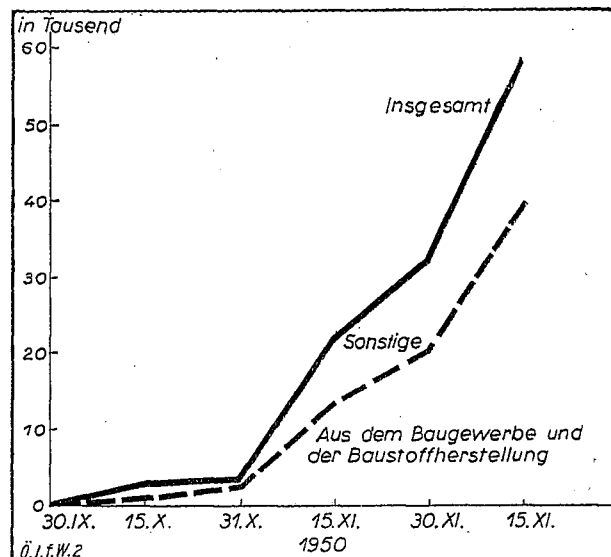
Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 646–649

Im November ging die Zahl der *Beschäftigten* um 23.000 auf 1.974.300 zurück. Am Monatsende waren um 8.500 Personen weniger beschäftigt als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Im Gegensatz zum Vormonat blieb die Beschäftigung nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in Industrie und Gewerbe gegenüber dem Vorjahr zurück. In Industrie und Gewerbe waren am 30. November 1950 1.492.900 Personen beschäftigt, gegenüber 1.495.500 Personen Ende November 1949.

Zum erstenmal seit 31. März 1949 ist damit die Beschäftigung in der Industrie hinter dem entsprechenden Vorjahresmonat zurückgeblieben. An und für sich ist eine so geringe Abweichung von der Vorjahrsziffer nicht sehr bedeutungsvoll; es kann sich hier durchaus um eine zufällige Störung handeln, und zwar um so eher, als die Beschäftigung hauptsächlich in der saisonempfindlichen Bauindustrie zurückgegangen ist. Von den *Arbeitslosen*, die im November mehr gezählt wurden, waren 62% aus der Bauwirtschaft; im Dezember waren es 72%. Auch der

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit 30. September 1950 (Normaler Maßstab)



Seit Ende September steigt die Arbeitslosigkeit. Die Zunahme ist vorwiegend saisonmäßig bedingt und erfaßt daher vor allem Arbeitskräfte, die zuletzt im Baugewerbe oder in der Baustoffherstellung tätig waren.

Umstand, daß die Frauenbeschäftigung in der Industrie von diesem Rückschlage nicht betroffen wurde, weist in diese Richtung. Sie stieg sogar im November um 1.500 auf 507.900 und war damit um 2.600 höher als vor einem Jahr.

Trotzdem gibt die Lage Anlaß zu Besorgnis. Die *Arbeitslosigkeit* liegt heuer beträchtlich über der des Vorjahres. Im November stieg die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen auf 118.365 (November 1949: 80.498); bis 31. Dezember weiter auf 182.746 — ein Stand, der im vorigen Winter erst Ende Jänner erreicht wurde, als der Tiefpunkt der Wintersaison fast schon erreicht war. Die Steigerung betrifft vor allem die Kategorie der männlichen verfügbaren Arbeitslosen. Deren Zunahme betrug im November 24.022, im Dezember 59.912 (1949: 15.467 und 52.238). Die Zahl der verfügbaren arbeitslosen Frauen stieg im November um 4.674, im Dezember um 4.469. Von der Gesamtzahl von 182.746 Arbeitslosen waren am 31. Dezember 1950 127.328 (69,7%) männlich und 55.418 (30,3%) weiblich¹⁾.

¹⁾ In diesem Zusammenhang muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß sich in den hier angeführten Ziffern auch eine gewisse — wenn auch nicht große — unechte Arbeitslosigkeit verbirgt. Bauarbeit ist Saisonarbeit, und es gibt Bauarbeiter, die durchaus damit rechnen den Mehrverdienst des Sommers zusammen mit der Arbeitslosenunterstützung im Winter aufzubrauchen. Auch Frauen kommen manchmal nach relativ kurzer versicherungspflichtiger Arbeitsleistung in den Genuß der Arbeitslosen- bzw. Notstandsunterstützung, ohne ernstlich die Absicht zu haben, ein neues Arbeitsverhältnis einzugehen.

Angesicht des besonders raschen Steigens der Saisonarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft kommt den Versuchen, ihr durch Aufstellung von *Winterbauprogrammen* zu begegnen, besondere Bedeutung zu. Es handelt sich hier vor allem um die vorzeitige Durchführung von Bauvorhaben der öffentlichen Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), mit denen sonst erst im Frühjahr oder Sommer des Jahres 1951 begonnen worden wäre. Bereits im Herbst wurden Vorhaben dieser Art in einem sogenannten „Normalprogramm“ zusammengefaßt, das aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge großzügig unterstützt wird¹⁾.

Neben dem „Normalprogramm“ soll im Jänner ein „Notstandsprogramm“ einsetzen, für das 50 Mill. S aus der letzten ECA-Freigabe im Dezember zur Verfügung stehen. Hier handelt es sich teilweise ebenfalls um Bauvorhaben öffentlicher Körperschaften, teilweise aber auch um Investitionsarbeiten von Post, Bundesbahn, verstaatlichten und privaten Betrieben. Durch eine weitere Freigabe von 100 Mill. S aus Counterpart Fonds soll dieses Programm während der nächsten Wochen noch weiter ausgebaut werden. Alle Vorhaben solcher Art stoßen natürlich im Winter auf gewisse technische und wirtschaftliche Schranken, selbst dann, wenn die organisatorischen Vorarbeiten einen raschen und wirkungsvollen Einsatz der Mittel erlauben (Undurchführbarkeit gewisser Arbeiten bei niedrigen Temperaturen und schlechtem Wetter, Mehrkosten bei anderen).

Das Beunruhigende der Arbeitsmarktsituation liegt aber nicht allein und vielleicht nicht einmal vorwiegend in dem Problem der Saisonarbeitslosigkeit, sondern in der *Arbeitsplatzfrage überhaupt*. Im Jahr 1950 war ebenso wie in den vorangegangenen Jahren die Investitionstätigkeit ziemlich umfangreich. Eine abnormale Weltsituation hat seit dem Sommer eine unerwartete Exportkonjunktur ermöglicht und die noch immer beträchtliche ERP-Hilfe hat in vielen Fällen die Rohstoffversorgung erleichtert. Trotz dieser Häufung von expansiven Elementen und trotz einer vielversprechenden Weihnachtssaison war — wie schon erwähnt — die Zahl der Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe am 30. November 1950 geringer als am 30. November 1949. Die Reorganisation und Ratio-

nalisierung des industriellen Produktionsprozesses scheint ebenso schnell oder vielleicht noch schneller fortzuschreiten als die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In der Landwirtschaft hält die Abwanderung der Arbeitskräfte an. Nur die öffentliche Hand weist eine leicht steigende Beschäftigung auf. Aber sowohl der Bund als auch die Gemeinde Wien haben die ernste Absicht bekundet, ihren Personalstand zu vermindern. In den kommenden Monaten und Jahren ist mit einem Abflauen der nachkriegsbedingten Investitionen, mit einem weiteren Rückgang der Auslandshilfe und sicherlich auch mit Rückschlägen im Export zu rechnen. Andererseits setzt sich der Zustrom von Frauen zum Arbeitsmarkt noch immer fort und, beginnend mit dem Jahre 1952, wird sich das Arbeitskräfteangebot mit dem Schulabgang der geburtenstarken Jahrgänge nach 1938 weiter vergrößern. Alle diese Umstände zeigen, daß sich hinter der gegenwärtig im allgemeinen noch günstigen Beschäftigungssituation nicht nur Saisonprobleme, sondern auch strukturelle Schwächen abzuzeichnen beginnen, wie sie etwa im Jahre 1924 — sechs Jahre nach dem ersten Weltkrieg — auftauchten.

Es wird Aufgabe des zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzten Ministerkomitees sein, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Die heuer aufgestellten Programme waren ein erster Versuch, in die Beschäftigungslage einzugreifen. Sie wurden zu spät begonnen, und die bisher zur Verfügung gestellten Mittel sind bei weitem nicht groß genug, die gesteckten Ziele zu erreichen. Ein rechtzeitiges und vor allem systematischeres Vorgehen in dieser Richtung kann im nächsten Jahre bessere Ergebnisse zeitigen.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 650—651

Die hohen Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im Monat Oktober hielten auch im November weiter an. Die gegenüber dem Vorjahre erheblich höheren Transporte von Rüben, Kohle und Holz steigerten die Betriebsleistung im *Güterverkehr* auf 617'6 Mill. Netto-Tonnenkilometer im November (603'7 Mill. im Oktober); damit wurde der Vorjahresstand um 18 % überschritten. Die Wagengestellungen waren mit 6.256 Stück arbeitstäglich (Voll- und Schmalspur) gleich hoch wie im Oktober.

Die Einnahmen aus dem Transit betrugen im November 35'3 Mill. S gegen 35'1 Mill. S im Oktober.

Der *Personenverkehr* nahm im November saisonbedingt weiter ab; die Zahl der verkauften Karten sank von 5'021 Mill. Stück auf 4'669 Mill. und lag damit um knapp 100.000 über dem Vorjahresstand.

¹⁾ Die Gemeinde Wien hat verlautbart, daß sie im Rahmen des Normalprogrammes während der Wintermonate 134 Mill. S für städtische Bauten aufzuwenden beabsichtige, und daß dieser Betrag ausreichen werde, 11.000 Arbeitern von Dezember bis Anfang April Beschäftigung zu bieten. Dies würde den in Wien verhältnismäßig geringen Zuwachs an arbeitslosen Bauarbeitern erklären. Mit Hilfe des Normalprogrammes sollen über 30.000 Arbeiter beschäftigt und ein Bauvolumen von über 300 Mill. S verbaut werden.

Der *Fremdenverkehr* im Oktober, dem letzten Monat der Sommersaison, war mit 667'7 Mill. Übernachtungen erwartungsgemäß schwach, lag aber immer noch um 57'2% über der Frequenz des Vorjahres. Die Zahl der Übernachtungen erreichte damit 87% von 1937.

Das Sommerhalbjahr 1950 (Mai–Oktober) schließt nach vorläufigen Monatsmeldungen mit 10,286.700 Übernachtungen ab. Berücksichtigt man die noch ausstehenden Meldungen von 958 Gemeinden, dann dürfte die Frequenz 12'1 Mill. Übernachtungen betragen haben, d. s. 33'6% mehr als im Sommerhalbjahr 1949 und 74'4% des Sommerhalbjahres 1937.

Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1950

Zeit	Zusammen in 1.000 Übernachtungen	In- land Übernachtungen	Aus- land Übernachtungen	Abweichungen vom Halb- jahresdurchschnitt (±)		
				1937	1949	1950
Mai	814'2	628'8	185'3	— 57'9	— 46'7	— 52'5
Juni	1.245'4	866'3	379'1	— 28'0	— 24'1	— 27'4
Juli	2.678'0	1.829'9	848'1	+ 85'5	+ 50'5	+ 56'2
August	3.431'9	2.213'6	1.218'3	+ 98'5	+ 91'8	+ 100'2
September..	1.449'5	964'9	484'6	— 26'6	— 15'2	— 15'5
Oktober ...	667'7	501'0	166'7	— 69'6	— 56'3	— 61'1
Halbjahr	10.286'7	7.004'5	3.282'1	—	—	—
Korrektur ¹⁾ ..	12.083'8	8.402'6	3.451'5	—	—	—
1937 = 100 ..	74'4	72'6	73'8	—	—	—
1949 = 100 ..	133'6	109'4	253'1	—	—	—

¹⁾ Die erst später verfügbare Halbjahresmeldung umfaßt 1657 Gemeinden gegenüber 699 Gemeinden der obigen Monatsmeldungen. Auf Grund von Erfahrungssätzen beträgt die Differenz für Inländer + 19'96%, für Ausländer + 5'16% und für beide Gruppen zusammen + 17'47%, um welche Sätze die statistisch erfaßten Übernachtungen erhöht wurden.

Die Saisonbewegung nähert sich mit zunehmendem Auslandsverkehr wieder mehr dem Vorkriegstypus mit hohen Spitzen in den Monaten Juli und August.

Der *Inländerverkehr* hat gegenüber dem Vorjahre um knapp 10% zugenommen, blieb aber gegenüber dem Jahre 1937 noch immer stark zurück, da vor allem der Besuch aus Wien von 8'2 Mill. auf 4'8 Mill. Übernachtungen und der aus den übrigen Bundesländern von 4'7 Mill. auf 3'6 Mill. Übernachtungen gesunken ist. Da die Inländer vor allem in die entlegeneren, von Ausländern nur wenig besuchten Gebiete kommen, wird deren Fremdenverkehr besonders hart betroffen.

Der *Ausländerverkehr* überschritt das Vorjahrsergebnis um 153'1%. Mit einer Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 5'4 Tagen hielten sich die Fremden sogar etwas

Anteil der Wiener Reisenden am Inländer- verkehr im Sommerhalbjahr 1950

	1937	1949	1950 ¹⁾
Inländerverkehr (1.000 Übernacht.)	12.874'6	7.679'8	8.402'6
Anteil am Gesamtverkehr (%)	79'2	84'9	69'5
Wiener Reisende (1.000 Übernacht.)	8.194'9	4.288'3	4.764'1
1937 = 100	100'0	52'3	58'1
Anteil am Inländerverkehr (%)	63'7	55'8	56'7
Übrige Bundesländer (1.000 Übernacht.)	4.679'7	3.391'5	3.638'5
1937 = 100	100'0	72'5	77'8
Anteil am Inländerverkehr (%)	36'3	44'2	43'3

¹⁾ Korrigierte Zahlen, wobei die Übernachtungszahl der Wiener Reisenden (Summe der monatlichen Meldungen von 699 Gemeinden) um 19'8% erhöht wurde, um auf das voraussichtliche Endergebnis in 1.657 Gemeinden (Halbjahresmeldung) zu kommen.

länger in Österreich auf als im Jahre 1937, allerdings wurde die damalige Besuchsfrequenz nur zu 73'8% erreicht. Der Anteil der Gäste aus den Oststaaten ist von 9'2% im Jahre 1949 auf 17% im Jahre 1950 zurückgegangen (1937: 44'3%).

Die Umschichtung auf die westeuropäischen Staaten ist aber weitgehend gelungen; wie weit es sich hierbei in erster Linie um eine durch den niedrigen Schillingkurs bedingte „Konjunktur“ handelt, bleibt abzuwarten. Die meisten Besuche kamen aus England, aus der Schweiz und Italien (im Jahre 1949 war Italien am stärksten vertreten). Die Übernachtungen der Fremden aus allen Staaten außer den sechs Ostländern¹⁾ sind gegenüber 1937 von 2'61 Mill. auf 3'23 Mill., d. s. 23'8%, gestiegen. Um die Vorkriegsfrequenz der Sommersaison wieder zu erreichen, müßte der gegenwärtige Besuch aus den Weststaaten und Übersee — bei gleichbleibender Frequenz aus den Oststaaten — noch um 30'2% gesteigert werden.

Fremdenverkehr nach Herkunftsländern

Land	Übernachtungen	1950	Anteile 1949	1937
Belgien und Luxemburg ...	192.216	5'86	5'44	1'17
Dänemark	175.710	5'35	0'91	0'72
Deutschland	405.937	12'37	15'09	20'18
Frankreich	237.141	7'23	5'12	3'98
England	574.867	17'51	15'16	8'83
Italien	535.042	16'30	18'56	3'78
Holland	123.864	3'77	2'74	4'40
Schweden	76.082	2'32	1'46	0'61
Schweiz	551.068	16'79	10'51	2'97
USA	219.617	6'69	9'15	4'52
Osten ¹⁾	55.811	1'70	9'20	44'29
Sonstige	134.792	4'11	6'66	4'55
Insgesamt ...	3.282.147	100'00	100'00	100'00

¹⁾ Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, ČSR., Ungarn.

Die *Einnahmen aus dem Fremdenverkehr* wurden von der Nationalbank für das erste Halbjahr 1950 mit 3'69 Mill. \$, d. s. 95'9 Mill. S angegeben. Das entspräche einer Tagesausgabe von 60 S, ein Betrag, der wohl zu gering ist und erkennen läßt, daß noch immer Reise-devisen über den Schwarzhandel gehen. Rechnet man mit durchschnittlich 80 S pro Tag und Fremden, dann wären die Einnahmen im Sommerhalbjahr 1950 276'1 Mill. S oder rund 10'6 Mill. \$ gewesen, also nominell 34'3%, kaufkraftmäßig knapp 20% von den Einnahmen in der gleichen Zeit des Jahres 1937.

Ausländer-Fremdenverkehr in den einzelnen Bundesländern

1949/50	Österreich	Wien	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Übrige
	1.000 Übernachtungen					
November	80'9	38'8	13'7	9'0	9'2	9'1
Dezember	138'3	34'0	19'1	45'5	28'2	11'5
Jänner	219'2	36'3	24'0	82'2	62'4	14'3
Februar	297'0	33'6	24'5	101'6	124'5	12'8
März	310'9	42'8	26'5	77'0	151'2	14'4
April	191'3	48'7	29'7	43'6	50'8	18'6
Mai	185'3	47'8	48'0	41'0	19'4	29'1
Juni	379'1	50'0	110'9	120'8	43'6	53'7
Juli	848'1	62'1	243'3	284'5	99'0	159'2
August	1.218'3	85'2	340'0	396'9	157'8	238'4
September	484'6	59'3	159'9	118'8	60'1	86'4
Oktober	166'7	39'0	55'6	24'5	16'3	31'4
Mai–Oktober ¹⁾ ..	3.282'1	343'4	957'8	986'5	396'1	598'2

¹⁾ Vorläufige Halbjahresergebnisse.

¹⁾ Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, ČSR, Ungarn.

Die Ursachen dieser Einnahmenverminderung liegen in der veränderten Preisstruktur. Während die Schillingpreise gegenüber 1938 bei den wichtigsten industriellen Rohstoffen auf das Zehn- bis Zwanzigfache gestiegen sind, haben sich die Preise in der Fremdenverkehrswirtschaft nur um das Drei- bis Fünffache erhöht.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 652–654

Die bemerkenswerte Expansion des Außenhandels, die mit Herbstbeginn einsetzte, setzte sich auch im November fort. Die Ausfuhr stieg neuerlich um 90,1 Mill. S (13,4%) auf den hohen Stand von 764,7 Mill. S. Nach Ausschaltung der Saisonkomponente verbleibt noch immer eine Zunahme um 9,1%. Ein Teil dieser Steigerung ist auf die steigenden Preise im In- und Ausland zurückzuführen, aber auch die ausgeführte Menge stieg gegenüber dem Vormonat um 3,5%, und erreichte mit 356 Mill. q einen Umfang, der nach dem Höhepunkt der Konjunkturjahre 1928/29 nur mehr in drei Monaten des Jahres 1937 überschritten wurde.

Die Ausfuhr nahm besonders bei den Nahrungsmitteln und Getränken zu, deren Ausfuhrwert sich gegenüber dem Vormonat verdoppelte, bei Roh- und Alteisen und bei vielen Fertigwaren, besonders bei Baumwoll- und Wollgarnen.

Die kommerzielle Einfuhr erholte sich im November von dem abnormalen Tiefstand der Vormonate und stieg um 160,3 Mill. S (27,6%) auf 740,8 Mill. S. Damit erreichte sie wertmäßig – wenn auch nicht mengenmäßig – zum erstenmal seit März wieder einen neuen Höchststand. Wenn auch die Einfuhrwerte infolge der Preissteigerung überhöht waren, so stieg doch auch die Einfuhrmenge um 23,8%. Der Mehraufwand für die Importe konnte durch die gesteigerten Exporte, zum erstenmal aber auch durch eine verstärkte Inanspruchnahme der Ausgangsposition bei der Europäischen Zahlungsunion aufgebracht werden. Während im Monatsdurchschnitt des III. Quartals und im Oktober nur 2,7 Mill. Dollar aus dieser Quelle beansprucht wurden, waren es im November 7,5 Mill. Dollar (d. s. 160,2 Mill. S¹). Infolge der stärkeren Steigerung der Einfuhr verringerte sich der Exportüberschuß im kommerziellen Verkehr von 94,1 Mill. S im Oktober auf 23,9 Mill. S im November. Aber wie bereits im letzten Bericht betont wurde, steht jetzt nicht so sehr der Handelsbilanzsaldo als die Sicherung der Rohstoffe für die Inlandsproduktion und

für die weitere Steigerung der Exporte im Vordergrund.

Die Einfuhr stieg bei den meisten Warengruppen, besonders aber bei den Fertigwaren, und hier wieder vor allem bei Maschinen und Apparaten. Die stärkere Inanspruchnahme der Zahlungsunion sowie die allgemeine wirtschaftspolitische Entwicklung führte sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr zu einer engeren Verflechtung mit den OEEC-Staaten, auf die 72,5% aller Importe und 64,5% aller Exporte entfielen. Der Außenhandel mit den OEEC-Staaten war daher intensiver als in irgendeinem Monat seit dem Beginn des Marshall-Planes und wesentlich höher als in der Vorkriegszeit.

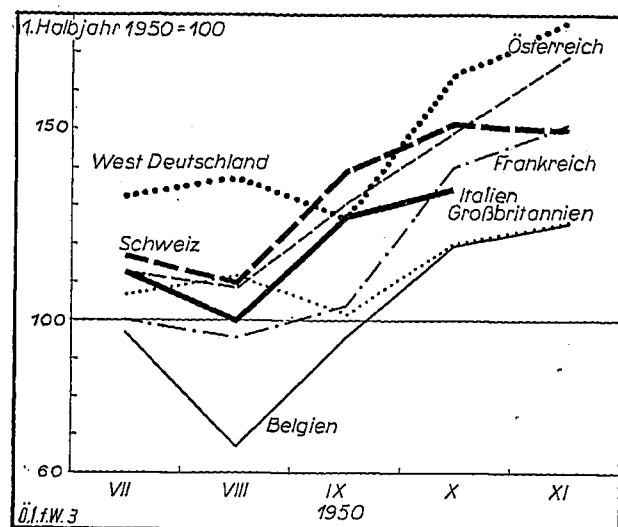
Die ERP-Einfuhren blieben weiterhin auf einem niedrigen Niveau und sanken gegenüber Oktober um 18,7 Mill. S auf 110,9 Mill. S.

Die anhaltende Steigerung der Ausfuhr ist eines der erfreulichsten Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate, nicht nur weil Österreich besonders außenhandelsabhängig ist, sondern vor allem auch, weil der Export bekanntlich besonders stark unter den Kriegsfolgen litt und lange Zeit hinter dem Aufschwung in anderen Zweigen des Wirtschaftslebens zurückgeblieben war. Trotzdem wäre es falsch, in der Aufwärtsentwicklung der letzten Monate bereits eine langfristige Lösung des österreichischen Exportproblems zu erblicken. Die Ausfuhrsteigerung der letzten Monate war fast ausschließlich von der internationalen Rüstungskonjunktur getragen, die dem Koreakrieg folgte. Alle westeuropäischen Staaten erlebten in der letzten Zeit einen ähnlichen Exportaufschwung, insbesondere im Geschäft mit Amerika, so daß zunächst das Problem der Dollarknappheit stark an Bedeutung verlor. Dänemark, Westdeutschland, Holland, Frankreich, die Schweiz und Island haben seit Jahresmitte ihre Exporte ungefähr ebenso stark erhöht wie Österreich und auch die meisten anderen Länder bleiben nicht sehr weit zurück. Wenn auch Österreich nebst Deutschland seinen Export relativ am stärksten ausweitete, so darf nicht vergessen werden, daß sein Außenhandel von einem im Vergleich zur Vorkriegszeit viel tieferen Niveau startete als der der meisten anderen Staaten und daher viel mehr aufzuholen hat. Im ersten Halbjahr 1950 hatte Österreich erst 88% des Volumens seiner Vorkriegsausfuhr erreicht, während die meisten anderen Staaten diese bereits überschritten hatten. Nur die westdeutsche Ausfuhr lag noch etwas schlechter als die österreichische, hat sich seither aber besonders stark erholt.

¹) Bei einer über alle 12 Monate verteilten gleichmäßigen Inanspruchnahme der Ausgangsposition würden auf jeden Monat 6,7 Mill. Dollar entfallen.

Entwicklung der Ausfuhr Österreichs und einiger westeuropäischer Länder seit dem 1. Halbjahr 1950

(Normaler Maßstab; 1. Halbjahr 1950 = 100)



Der Koreakrieg und die Rüstungskonjunktur haben dem Welt-handel seit dem Sommer einen starken Anstoß verliehen. Der Aufschwung der österreichischen Ausfuhr ist hauptsächlich auf diese günstigen externen Faktoren zurückzuführen, wobei die Erholung Österreichs etwas rascher voranschritt als die der meisten anderen westeuropäischen Staaten. Allerdings begann Österreichs Aufschwung — gemessen am Ausfuhrvolumen der Vorkriegszeit — von einem viel tieferen Niveau als der der meisten anderen Länder.

Entwicklung der Ausfuhr Österreichs und einiger westeuropäischer Länder seit dem ersten Halbjahr 1950

1. Halbjahr 1950 = 100

Land	Juli	August	September	Oktober	November
Österreich	112'9	109'0	131'0	149'1	169'0
Belgien	96'5	67'4	94'7	119'6	125'9
Dänemark	123'5	110'6	115'0	144'1	.
Frankreich	100'0	96'2	103'9	140'4	150'5
West-Deutschland	132'9	137'1	127'2	164'2	177'6
Italien	112'9	100'0	126'4	135'3	.
Niederlande	116'5	114'2	122'7	145'2	.
Schweden	97'2	117'8	122'0	130'8	.
Schweiz	116'8	109'5	138'7	150'7	149'6
Großbritannien	106'7	111'5	102'2	119'8	125'7
Island	68'5	129'4	145'0	161'8	.

Ausfuhrvolumen Österreichs und einiger westeuropäischer Länder im ersten Halbjahr 1950

1938 = 100

Österreich	88 ¹⁾
Dänemark	108
Frankreich	155
West-Deutschland	76 ²⁾
Italien	94
Niederlande	112
Schweden	122
Schweiz	120

¹⁾ 1937 = 100. — ²⁾ 1936 = 100.

Der Exportaufschwung dürfte eine reibungslosere Durchführung der neuen Maßnahmen auf dem Gebiet der Belassungsquoten und der Kompensationsgeschäfte

gestatten, als dies noch vor einiger Zeit möglich gewesen wäre. Diese Maßnahmen sind nun — nach Besprechungen zwischen den interessierten Stellen — genauer umrissen worden. Wie bereits berichtet, wurden die Belassungsquoten mit Wirkung von Mitte November um 20% gekürzt. Diese Bestimmung bleibt aufrecht, doch können Exporteure, die mit ihrer gekürzten Belassungsquote kein Auslangen finden, unter Berücksichtigung des Standes ihrer Lorkonten zusätzliche Devisen zugeteilt erhalten. Individuelle Erhöhungen der Belassungsquoten werden jedoch nicht mehr zugelassen. Über die Devisenzuteilungen entscheiden die zuständigen Ressortministerien und die Österreichische Nationalbank unter Teilnahme eines Vertreters des Bundesministeriums für Finanzen. Die aus der Kürzung der Belassungsquoten zur freien Verfügung der Österreichischen Nationalbank zufließenden Devisen werden zur erweiterten Einfuhr essentieller Güter im Rahmen der Devisenpläne verwendet werden.

Kompensationsgeschäfte sind grundsätzlich abgeschafft, in gewissen Fällen jedoch noch zugelassen. Die Ausnahmefälle lassen sich in drei Gruppen scheiden:

1. „Alte Geschäfte“, d. s. solche, die bereits vor dem 6. Oktober 1950 eingeleitet und weitgehend vorbereitet wurden, dürfen zu Ende geführt werden.

2. Ausfuhren nicht essentieller Güter (z. B. Bijouterien, Schilfrohr, Schnecken), die keine oder nur wenig ausländische Rohstoffe enthalten, können im Kompensationsverkehr abgewickelt werden, wobei der Umfang aller dieser Geschäfte nicht so groß werden darf, daß sie eine abträgliche Wirkung auf die österreichischen offiziellen Wechselkurse ausüben können.

3. Während es sich bei den Geschäften der Gruppe 1 und 2 um Kompensationsgeschäfte im bisherigen Sinn, nämlich um „Agiogeschäfte“ handelt, ist für die dritte und weitaus wichtigste Gruppe der weiterhin zugelassenen Kompensationsgeschäfte die Zugrundelegung der offiziellen Wechselkurse zur Voraussetzung gemacht. Bei Vorliegen dieser Voraussetzung sind folgende Kompensationsgeschäfte zugelassen:

- a) in Erfüllung von Handelsverträgen, die eine Abwicklung über Zahlungsverrechnungskonten nicht zulassen,
- b) gegenüber Staaten, mit welchen keine Handels- und Zahlungsabkommen bestehen, und bei Vorliegen eines Interesses am Ausbau geregelter Handelsbeziehungen (z. B. zu Spanien, Finnland, Portugal, Ostdeutschland), soweit die Einfuhrgüter den österreichischen Ausfuhrsgütern in ihrer Wertigkeit nicht nachstehen,
- c) gegenüber Staaten, mit welchen keine Zahlungs- und Handelsabkommen bestehen und wo das unter b) angeführte Interesse nicht vorliegt (z. B. Triest, Tanger), soweit es sich um die Einfuhr weniger essentieller Güter und die Einfuhr zumindest gleichwertiger Güter handelt.

Diese Maßnahmen, die bei strikter Durchführung offensichtlich einen bedeutenden Schritt zur Vereinheitlichung der tatsächlich zur Anwendung kommenden Wechselkurse bedeuten werden, lassen in vielen Einzelheiten sehr verschiedene Interpretationen zu. Besprechungen in ein- bis zweiwöchigen Abständen unter dem Vorsitz des Bundesministers für Finanzen sollen daher einheitliche Grundsätze herausarbeiten.